

Niederschrift über die 45. Sitzung des Stadtrates

Sitzungsdatum: Montag, 19.03.2018
Beginn der Sitzung: 16:30 Uhr
Ende der Sitzung: 19:17 Uhr
Sitzungsort: großer Rathaussaal

Anwesend:

OBERBÜRGERMEISTER

Fichtner, Harald, Dr.

BÜRGERMEISTER

Siller, Eberhard
Strößner, Florian

bis lfd. Nr. 748

STADTRÄTE

Adelt, Jürgen, Dr.

Bier, Angela

Böhm, Karola

bis lfd. Nr. 749

Bruns, Gudrun

Dietel, Hans-Jürgen

bis lfd. Nr. 747

Döhla, Eva

Dumann, Joachim

Etzel, Thomas

Fleischer, Wolfgang

Fuchs, Heike

Herpich, Christian

Hübschmann, Michael

Kellner, Rainer

bis lfd. Nr. 748

Kilincsoy, Aytunc

Knieling, Jürgen

Lentzen, Matthias

Lockenvitz, Felix

Meringer, Reinhard

Mielentz, Jörg

Rambacher, Albert

bis lfd. Nr. 749

Scherdel, Bernd

Schoerner, Christine

Schrader, Ingrid

Schrader, Klaus, Dr.

Schwärzel, Heidemarie

Singer, Matthias

bis lfd. Nr. 748

Ulshöfer, Jochen

von Rücker, Jörg

bis lfd. Nr. 746

Wietzel, Dieter

Wittig, Andrea

Wunderlich, Hülya

bis lfd. Nr. 748

Zschätzsch, Bettina

Zwurtschek, Esther

ab lfd. Nr. 747

Ortssprecher

Bogler, Hilmar

Fachbereichsleiter

Fischer, Peter
Hetz, Peter

zu lfd. Nr. 747
zu lfd. Nr. 749

Abwesende und entschuldigte Personen:**STADTRÄTE**

Dietrich, Maximilian, Dr.
Hering, Andrea
Krassa, Michael
Mergner, Matthias
Zeh, Dominik

Schriftführer/in:

Ute Schörner-Kunisch

743 Eröffnung

Oberbürgermeister Dr. Fichtner eröffnet die 45. Vollsitzung des Stadtrates und stellt fest, dass sämtliche Mitglieder des Stadtrates unter Zusendung der Tagesordnung zur heutigen Sitzung rechtzeitig eingeladen wurden.

Die Entschuldigungen von

Frau Stadträtin Hering
Herrn Stadtrat Krassa und
Herrn Stadtrat Zeh aus privaten Gründen

sowie

Herrn Stadtrat Dr. Dietrich und
Herrn Stadtrat Mergner aus beruflichen Gründen
werden anerkannt.

Das Haus ist beschlussfähig.

Das Protokoll über die 44. Vollsitzung des Stadtrates vom 26. Februar 2018 wird zur Einsichtnahme aufgelegt.

Das Protokoll über die 43. Vollsitzung des Stadtrates vom 29. Januar 2018 wurde nicht beanstandet und gilt daher nach der Geschäftsordnung als genehmigt.

Der Vorsitzende begrüßt unter den Zuhörern Angehörige der Belegschaft des Kaufhofs samt ihrem Betriebsratsvorsitzenden.

Öffentliche Sitzung

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
32 Stadratsmitglieder	

**744 Antrag Nr. 126 der SPD-Stadtratsfraktion;
Dringlichkeitsantrag: Hof als Modellstadt für kostenlosen ÖPNV**

Antragsbekanntgabe:

Der beiliegende Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 01.03.2018 war bereits in der örtlichen Tagespresse veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Der Antrag wird dem Fachbereich Zentrale Steuerung, Personal und Organisation zur weiteren Bearbeitung zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
32 Stadtratsmitglieder	

**745 Antrag Nr. 127 der SPD-Stadtratsfraktion;
Einführung eines Antrags-Managements für den Hofer Stadtrat**

Antragsbekanntgabe:

Der beiliegende Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 06.03.2018 war bereits in der örtlichen Tagespresse veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Der Antrag wird dem Fachbereich Zentrale Steuerung, Personal und Organisation zur weiteren Bearbeitung zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
32 Stadtratsmitglieder	

746 Personalwirtschaftlicher Gesamtstellenplan 2018

Vortrag:

Der personelle Aufwand zur Erledigung der einer Gemeinde obliegenden Aufgaben ist im Stellenplan nachgewiesen. Als haushaltsrechtlicher Stellenplan nach § 6 Abs. 1 KommHV-K bildet er die Grundlage für das jeweilige Haushaltsjahr und weist die erforderlichen Stellen der Beamten und der nicht nur vorübergehend beschäftigten Arbeitnehmer (= Beschäftigte i.S.d. TVöD) aus. Er bildet damit als Teil der Haushaltswirtschaft den Finanzrahmen für die Personalwirtschaft. Im personalwirtschaftlichen Stellenplan erfolgt eine Personalplanung für einen mehrjährigen überschaubaren Zeitraum.

Während für die Änderung des haushaltsrechtlichen Stellenplanes eine Beschlussfassung des Stadtrates und die Aufnahme in die Haushaltssatzung erforderlich sind, genügt für eine Änderung des personalwirtschaftlichen Stellenplanes die Beschlussfassung des Stadtrates.

Die Stellenplanvorlage 2018 wurde unter Beachtung der allgemeinen Haushaltsgrundsätze des Art. 61 der Gemeindeordnung, insbesondere des Grundsatzes der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit, erstellt.

Insbesondere erfolgt die stellenplantechnische Umsetzung der vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) abgeschlossenen Organisationsuntersuchungen und daraus resultierenden Ergebnissen in den Teilbereichen Melde- und Passstelle, Ausländerwesen sowie Jugend und Soziales. Die in diesen Aufgabenbereichen zur Bewältigung der Flüchtlingssituation im Vorgriff geschaffenen Stellen wurden überwiegend so bestätigt. Weiterhin werden die ersten Schritte zur Optimierung der vorhandenen Aufbauorganisation umgesetzt. Diese Maßnahmen sind mit weiteren Personalkostensteigerungen verbunden, welche aber unabweisbar notwendig sind.

Die geplanten Änderungen des personalwirtschaftlichen Gesamtstellenplans bestehend aus den Stellenplänen der Stadt Hof (Anlage A) und des Jobcenters Hof-Stadt (Anlage B) wurden in der Sitzung des Personalausschusses am 13.03.2018 vorberaten und einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Beim Abwasserverband Saale sind für das Jahr 2018 keine stellenplantechnischen Änderungen vorgesehen.

Der Personalwirtschaftliche Stellenplan 2018 der Hospitalstiftung Hof wurde vom Stadtrat am 27.11.2017 beschlossen (VS lfd.-Nr. 680).

Beschlussvorschlag:

1. Der Gesamtstellenplan 2018, bestehend aus dem geltenden Stellenplan 2017 (i.d.F. der Überleitung in die neue Entgeltordnung zum TVöD – SR lfd. Nr. 719 vom 29.01.2018), ergänzt um die in den Anlagen A und B aufgeführten Stellenplanänderungen, wird genehmigt.
2. Die Anlagen A und B bilden einen Bestandteil dieses Beschlusses.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Personalausschusses stimmt der Stadtrat einstimmig dem vorstehenden Beschlussvorschlag zu.

Die Anlagen A und B bilden einen Bestandteil dieses Beschlusses.

* * *

einstimmig beschlossen
Ja 35 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
Vortragender:	Oberverwaltungsrat Fischer
32 Stadtratsmitglieder	

747 Festsetzung der Haushaltssatzung, des Haushaltsplanes der Stadt Hof sowie der Wirtschaftspläne für die Bereiche Bauhof, Freiheitshalle und Krematorium für das Haushaltsjahr 2018 sowie Festsetzung des Finanzplanes

Vortrag:

Die Stadt Hof konnte im Jahr 2016 erstmals seit dem Jahr 2009 wieder einen Haushalt aufstellen, der seitens der Regierung von Oberfranken unter Auflagen genehmigt wurde.

Durch die Steigerung der Schlüsselzuweisungen für die Stadt Hof ab dem Jahr 2016, die sich 2018 aufgrund der guten wirtschaftlichen Situation nochmals erhöhten, kann die Mindestzuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt auch im Jahr 2018 trotz steigender Personal- und Sozialausgaben erreicht werden.

Bei den Einnahmen aus der Gewerbesteuer werden 2018 22,76 Mio. € erwartet (der Haushaltsansatz 2017 lag bei 24,8 Mio. €, tatsächlich waren es 2017 ca. 24,55 Mio. €). Die Einnahmen der Stadt Hof aus dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer (zusammen mit den Einnahmen aus dem Familienleistungsausgleich) werden im Jahr 2018 gegenüber dem Haushaltsansatz 2017 um ca. 0,8 Mio. € auf 20,9 Mio. € steigen.

Insgesamt bedeutet dies, dass die in § 22 Abs. 1 Satz 2 KommHV-K vorgesehene Mindestzuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt, die 2018 5.251.930 € beträgt, um 1,88 Mio. € überschritten wird.

Beim Bauunterhalt im Hochbau und bei den Straßen und Kanälen sind im Haushaltsplan 2018 Mittel im Umfang von 6,77 Mio. € enthalten, was gegenüber den Jahren 2017 mit 4,04 Mio. € bzw. 2016 mit 4,51 Mio. € (beide Werte sind Rechnungsergebnisse) eine erhebliche Steigerung bedeutet. Diese Steigerung ist jedoch sinnvoll, um die Substanz der Gebäude und Straßen der Stadt Hof zu erhalten.

Aufgrund der kaufmännischen Buchführung in den Betrieben müssen in der Haushaltssatzung 2018 neben den Regelungen zum kameralem Kernhaushalt Regelungen zu den Wirtschaftsplänen im Bereich des Bauhofes, der Freiheitshalle und des Krematoriums getroffen werden.

Mit den Haushaltsplanberatungen wurde am 23.10.2017 begonnen, zunächst im Bereich des Verwaltungshaushaltes. Die Haushaltsplanberatungen wurden dann in den Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses am 20.11.2017, am 11.12.2017, am 22.01.2018, am 05.02.2018, am 19.02.2018, am 05.03.2018 und am 12.03.2018 fortgeführt.

Zu den wesentlichen Zahlen des kameralem Haushalts 2018 ist zusätzlich zu bemerken:

Der **Gesamthaushalt 2018** ist mit 206.488.910 € in Einnahmen und Ausgaben formal ausgeglichen. Das Gesamtvolumen des städtischen Haushalts verringert sich gegenüber dem Ansatz 2017 um 5,7 %, wobei sich der Verwaltungshaushalt um 2,47 % erhöht und sich der Vermögenshaushalt um 26,26 % vermindert.

Der **Verwaltungshaushalt** weist ein Volumen von 160.741.770 € aus. In dieser Bruttobetrachtung sind die „Inneren Verrechnungen“ mit rd. 7,07 Mio. € sowie die „kalkulatorischen Kosten“ mit rd. 4,94 Mio. € enthalten. Der Ausgleich des Verwaltungshaushalts kann durch eine Zuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt in Höhe von 7.133.550 € erreicht werden. Die Mindestzuführung laut § 22 KommHV-K vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt zur Finanzierung der ordentlichen Tilgung der Kredite der Stadt Hof beträgt dabei im Jahr 2018 5.251.930 €.

Die Personalkosten wurden im Kernhaushalt mit 28.987.090 € angesetzt. In den Regiebetrieben Freiheitshalle und Bauhof wurden zusätzlich 9.278.260 € geplant, so dass sich Gesamtpersonalausgaben von 38.265.350 € ergeben. Im Haushaltsjahr 2017 waren hierfür 36.728.000 € veranschlagt. Das Rechnungsergebnis 2017 liegt noch nicht vor.

Der **Vermögenshaushalt** des Jahres 2018 hat ein Gesamtvolumen von 45.747.140 €. Verpflichtungsermächtigungen sind im Vermögenshaushalt 2018 im Umfang von 43.509.510 € enthalten.

Das Gesamtvolumen des Vermögenshaushalts ist im Vergleich zu den Rechnungsergebnissen der Jahre vor 2016 (Jahre ohne Haushaltsgenehmigung) noch relativ hoch. Zahlreiche Baumaßnahmen wurden in den Jahren 2014, 2015 und 2016 mit der Regierung von Oberfranken abgesprochen, so dass diese im Jahr 2018 selbst unter den strengen Voraussetzungen des Art. 69 GO angegangen bzw. fortgeführt werden müssen. Hierzu gehören insbesondere folgende Baumaßnahmen:

- Erweiterung Rathaus
- Sanierung der Staatl. Berufsschule
- Sanierung der Staatl. Fachoberschule
- Sanierung Technische Anlagen im Theater
- Zuschuss Neubau Kindertagesstätten der Lebenshilfe und St. Elisabeth
- Errichtung Freizeit-Sportzentrum Eisteich
- Zuschuss Generalsanierung des Anwesens Kulmbacher Str. 1
- Sanierung der Unteren Steinernen Brücke
- vorbereitende Maßnahmen Ortsumgehung Leimitz- Haidt
- Überbauerneuerung Saalebrücke Oberkotzauer Straße
- Vorbereitende Maßnahmen Straßen- und Brückenneubau Verbindung Alsenberg – Warttturmweg
- Erschließungsstraße Gewerbegebiet Wunsiedlerstraße/Ecke B 15
- zahlreiche Straßenbeleuchtungsmaßnahmen
- GVZ
- sowie zahlreiche Kanalbaumaßnahmen.

Die damit bereits unter den Vorgaben des Art. 69 GO geprüften Maßnahmen bedeuten Gesamtausgaben von 26,2 Mio. €.

Darüber hinaus wurden im Rahmen der Vorberatungen des Haushalts neben der ordentlichen Tilgung von Krediten im Umfang von 6,355 Mio. € Maßnahmen im Umfang von 13,22 Mio. € für unbedingt erforderlich eingestuft. Hierzu gehören unter anderem die Sanierung des Radwegs von Hof nach Konradsreuth, die Sanierung der Wunsiedler Straße im Bereich der Einmündung der Erlhofer Straße, ein Zuschuss an die HofBus GmbH für den Neubau des Busbahnhofs und zahlreiche Städtebauförderungs-, Straßenbeleuchtungs- und Kanalbaumaßnahmen.

Für die kostenrechnenden Einrichtungen sind insgesamt Ausgaben in Höhe von rd. 2,5 Mio. € vorgesehen, die mit Kreditaufnahmen in etwa gleicher Höhe finanziert werden. Für den Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens sind 1,61 Mio. € vorgesehen.

Finanziert wird der Vermögenshaushalt mit einem Volumen von 45.747.140 € durch folgende Einnahmen:

	Rd. Mio. €	= %
a) Zuführung vom Verwaltungshaushalt	7,134	15,59
b) Entnahme aus Rücklagen (Sonderrücklage Gebühr)	0,000	0,00
c) Rückflüsse von Darlehen und Beteiligungen	1,126	2,46
d) Einnahmen aus dem Verkauf von bebauten und unbebauten Grundstücken sowie Anlage-		

	vermögen	0,275	0,60
e)	Zuführung vom Verwaltungshaushalt aus Stabilisierungshilfe	0,000	0,00
f)	Erschließungsbeiträge, Kanalbaukostenbeiträge, Ablösungsbeträge für Kfz-Stellplätze	3,197	6,99
g)	Zuweisungen vom Bund und Land	23,795	52,01
h)	Zuschüsse und Spenden	0,38	0,68
i)	Aufnahme von langfristigen Kreditmarktdarlehen	9,912	21,67
	Summe:	<u>45,747</u>	<u>100,00</u>

Die **Kreditaufnahmen** sind mit 9.911.690 € veranschlagt. Darin sind enthalten:

- Kreditaufnahmen für bereits begonnene Maßnahmen bzw. Maßnahmen, für die durch die Regierung von Oberfranken Verpflichtungsermächtigungen genehmigt wurden, in Höhe von 6,576 Mio. €,
- Kreditaufnahmen für kostenrechnende Einrichtungen bzw. Investitionen in Höhe von rd. 2,26 Mio. € (noch nicht durch Regierung von Oberfranken über Verpflichtungsermächtigungen genehmigt),
- Kreditaufnahmen für sonstige Investitionen in Höhe von rd. 1,074 Mio. €.

Der voraussichtliche **Stand der Schulden** (im Kernhaushalt der Stadt Hof) wird gegenüber dem Anfangsbestand zum 01.01.2018 von ca. 96,7 Mio. € (noch kein Endergebnis vorliegend) um 3,55 Mio. € auf 100,2 Mio. € steigen. In dieser Prognose ist die erhoffte erneute Gewährung einer Stabilisierungshilfe durch den Freistaat Bayern im Jahr 2018 nicht berücksichtigt (2017 waren es immerhin 6,5 Mio. €).

Der erhebliche Betrag von 43,51 Mio. € an **Verpflichtungsermächtigungen** resultiert aus den Maßnahmen, die 2018 nicht in voller Höhe in den Vermögenshaushalt aufgenommen werden, da sie in den Jahren ab 2019 anfallen werden. Dabei muss berücksichtigt werden, dass von diesem Betrag bereits 28,24 Mio. € aus bereits genehmigten Verpflichtungsermächtigungen (teilweise auch mit einem geringeren Betrag) stammen, so dass nur 15,3 Mio. € neue Verpflichtungsermächtigungen einer Genehmigung bedürfen. Dies sind für 2019 und Folgejahre folgende Einzelbeträge:

- Energetische Sanierung Turnhalle Volksschule Krötenbruck	0,375 Mio. €
- Saalebrücke zwischen Alsenberg und Wartturmweg	9,908 Mio. €
- Ausbau Wunsiedler Straße	0,450 Mio. €
- Sanierung Friedensstraße	0,300 Mio. €
- Sanierung Raubachbrücke	0,430 Mio. €
- Sanierung Mohlabachbrücke	0,325 Mio. €
- RÜB Ernst-Reuter-Straße	1,460 Mio. €
- Kanalstauraum August-Mohl-Straße	0,674 Mio. €
- Regenrückhaltebecken Quellitzweg	0,195 Mio. €
- Kanalauswechslung Jägersruh	0,630 Mio. €
- Stauraumkanal Jägersruh	0,525 Mio. €

Die **mittelfristige Finanzplanung** für die Jahre 2017 – 2021 lässt aufgrund des zu erwartenden höheren Niveaus der Schlüsselzuweisung den Schluss zu, dass die Mindestzuführung in den Jahren 2019 bis 2021 erreicht werden kann. Dazu darf aber der erwartete weitere Anstieg der Sozialausgaben nicht durch die Stadt Hof allein getragen werden.

Die Gesamtverschuldung der Stadt Hof (inklusive der Verschuldung von Bauhof, Freiheitshalle und Krematorium) steigt zwar im Jahr 2019 auf 117,65 Mio. an, bleibt aber danach bis Ende 2021 mit 117,55 Mio. € fast unverändert. Auch bei dieser Prognose sind mögliche Stabilisierungshilfen durch den Freistaat Bayern nicht berücksichtigt. Der Schuldendienst (Zins- und Tilgungsaufwand) im Kernhaushalt wächst in den Jahren 2018 bis 2021 von 8,0 Mio. € auf ca. 8,58 Mio. € an. Das sind aber lediglich 5,3 % des gesamten Verwaltungshaushaltes 2021.

In diese Finanzplanung wurden Konsolidierungsergebnisse aus dem am 25.06.2010 beschlossenen und am 28.07.2011, am 22.03.2013, am 23.05.2014, am 18.05.2015, am 25.04.2016 bzw. am 24.04.2017 fortgeschriebenen Haushaltskonsolidierungskonzept einbezogen. Die Höhe dieser einbezogenen Konsolidierungsergebnisse für die Jahre 2019 bis 2021 muss jedoch noch errechnet werden. Dies wird im Rah-

men der Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes, das bis Ende März 2018 der Regierung von Oberfranken vorzulegen ist, mit erfolgen.

Die **Festsetzung des Höchstbetrages der Kassenkredite** mit 20 Mio. € wird beibehalten (maximal 1/6 der Einnahmen des Verwaltungshaushalts).

Im Bereich der Wirtschaftspläne sind folgende Ergebnisse geplant:

1. Bauhof

Der Wirtschaftsplan des Bauhofs zeigt im Erfolgsplan einen geplanten Jahresfehlbetrag von 418.520 €. Die Aufwendungen durch Personal, Material, Zinsausgaben und Abschreibungen werden durch die Erträge aus den Leistungen für den kameralen Kernhaushalt sowie im geringen Umfang aus Leistungen für Dritte gedeckt. Der Jahresfehlbetrag wird durch die Jahresüberschüsse der Jahre 2013 bis 2016 gedeckt. Im Vermögensplan zeigt sich, dass zur Tilgung der vorhandenen Kredite und für die Beschaffung der erforderlichen Fahrzeugen, Maschinen, Geräte sowie Erstellung der erforderlichen Bauten die planmäßigen Abschreibungen zur Finanzierung nicht ausreichen und damit Kredite im Umfang von 3.339.870 € aufgenommen werden müssen. Darin sind Kreditaufnahmen im Umfang von 1.834.000 € für kostenrechnende Einrichtungen enthalten. Die daraus resultierenden Zinsaufwendungen und Tilgungsraten werden über künftige Erträge des Bauhofs wieder erwirtschaftet werden.

2. Krematorium

Der Wirtschaftsplan des Krematoriums zeigt im Erfolgsplan einen geplanten Jahresfehlbetrag von 2.270 €. Dieser Jahresfehlbetrag kann durch Jahresüberschüsse aus Vorjahren gedeckt werden. Im Vermögensplan zeigt sich, dass zur Tilgung der vorhandenen Kredite und für die Beschaffung von Anlagevermögen die planmäßigen Abschreibungen zur Finanzierung ausreichen, so dass Kredite nicht aufgenommen werden müssen.

3. Freiheitshalle und Volksfestplatz

Der Wirtschaftsplan der Freiheitshalle und Volksfestplatz zeigt im Erfolgsplan einen Verlust von 1.238.320 €.

Die Aufwendungen durch Personal, Material und Zinsausgaben werden durch die Erträge aus den Leistungen für Dritte gedeckt, wenn die Stadt Hof aus dem Kernhaushalt einen Betriebskostenzuschuss im Umfang von 1.453.240 € leistet. Zusätzlich gleicht die Stadt Hof die Tilgungsaufwendungen für die Kredite des Betriebs „Freiheitshalle und Volksfestplatz“ im Umfang von 816.810 € aus. Dennoch verbleibt im Erfolgsplan ein voraussichtlicher Jahresfehlbetrag im Umfang von 1.238.320 €. Dieser Fehlbetrag entspricht der Höhe der Abschreibungen auf das Anlage- und Umlaufvermögen 2018. Damit zahlt die Stadt Hof wie bisher nur das laufende Defizit der Einrichtung sowie die Zinsen und die Tilgung der für die Freiheitshalle und den Volksfestplatz aufgenommenen Kredite, jedoch keine kalkulatorischen Kosten.

Im Vermögensplan zeigt sich, dass für die Beschaffung der erforderlichen Maschinen und Geräte, sowie für Maßnahmen des Anlagevermögens keine Kredite aufgenommen werden müssen.

In den Wirtschaftsplänen der Regiebetriebe Bauhof, Freiheitshalle und Krematorium sind **Prognosen hinsichtlich der Entwicklung der Jahresergebnisse für die Jahre 2019 bis 2021** enthalten.

Bei der Freiheitshalle ist ersichtlich, dass trotz steigender Aufwendungen durch Lohn- und Preissteigerungen der aktuelle Zuschussbedarf (ohne Zins und Tilgungsaufwand) konstant gehalten werden kann. Wie geplant ergeben sich in den Jahren ab 2019 Jahresfehlbeträge in Höhe der nicht gedeckten Abschreibungen.

Beim Krematorium ist ersichtlich, dass die derzeitige Gebühr nicht ausreichen wird, um die steigenden Aufwendungen durch Lohn- und Preissteigerungen in den kommenden Jahren komplett auszugleichen.

Dementsprechend ist in den Jahresergebnissen 2019 bis 2021 auf der Basis der aktuellen Gebühr mit geringen Fehlbeträgen zu rechnen.

Beim Bauhof zeigt die derzeitige Finanzplanung, dass im Gegensatz zu den bisherigen Ergebnisse der Vorjahre Defizite zu erwarten sind. Diese sind aber angesichts der in Jahren 2013 bis 2016 erwirtschafteten Jahresüberschüsse nicht von erheblicher Bedeutung.

Bei den Regiebetrieben Bauhof, Freiheitshalle und Krematorium wird der Schuldenstand Ende 2021 nach diesen Prognosen bei 7,95 Mio. € liegen, die im Schuldenstand der Stadt Hof von 117,55 Mio. € zum Ende des Jahres 2021 enthalten sind.

Über die Haushaltssatzung und den Finanzplan ist entsprechend den Vorgaben der Bayer. Gemeindeordnung (siehe Art. 32 Abs. 2 Nrn. 4 und 5 GO) sowie der VV Nr. 2 zu § 24 KommHV-K getrennt zu beschließen.

Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag zur Festsetzung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes der Stadt Hof für das Haushaltsjahr 2018:

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 12.03.2018 wurde das Beratungsergebnis vom 12.03.2018 dem Stadtrat einstimmig/mehrheitlich zur Beschlussfassung empfohlen. Als Ergebnis der Vorberatungen wird daher der Stadtrat um folgende Beschlussfassung gebeten:

1. Der Haushaltsplan der Stadt Hof samt Anlagen sowie die Wirtschaftspläne des Bauhofs, der Freiheitshalle und Volksfestplatz und des Krematoriums werden nach den Entwürfen der Stadtkämmerei sowie aufgrund der Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses vom 23.10.2017, vom 20.11.2017, vom 11.12.2017, vom 22.01.2018, vom 05.02.2018, vom 19.02.2018, vom 05.03.2018 und vom 12.03.2018 beschlossen.
2. Aufgrund des Art. 63 ff. der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (BayRS 2020-1-1-I) erlässt die Stadt Hof folgende

„Haushaltssatzung

§ 1

- (1) Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 wird hiermit festgesetzt; er schließt

im Verwaltungshaushalt	
in den Einnahmen und Ausgaben mit	160.741.770 €
im Vermögenshaushalt	
in den Einnahmen und Ausgaben mit	45.747.140 €
ab.	

- (2) Der als Anlage beigefügte Wirtschaftsplan des Bauhofs für das Haushaltsjahr 2018 wird hiermit festgesetzt; er schließt

im Erfolgsplan	
in den Erträgen mit	12.692.780 €
in den Aufwendungen mit	13.111.300 €

und

im Vermögensplan

in den Einnahmen und Ausgaben mit 5.981.580 €

ab.

- (3) Der als Anlage beigefügte Wirtschaftsplan der Freiheitshalle und Volksfestplatz für das Haushaltsjahr 2018 wird hiermit festgesetzt; er schließt

im **Erfolgsplan**

in den Erträgen mit 2.645.180 €

in den Aufwendungen mit 3.883.500 €

und

im **Vermögensplan**

in den Einnahmen und Ausgaben mit 3.721.670 €

ab.

- (4) Der als Anlage beigefügte Wirtschaftsplan des Krematoriums für das Haushaltsjahr 2018 wird hiermit festgesetzt; er schließt

im **Erfolgsplan**

in den Erträgen mit 443.850 €

in den Aufwendungen mit 446.120 €

und

im **Vermögensplan**

in den Einnahmen und Ausgaben mit 101.030 €

ab.

§ 2

- (1) Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 9.911.690 € festgesetzt.
- (2) Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Wirtschaftsplan des Bauhofs wird auf 3.339.870 € festgesetzt.
- (3) Im Wirtschaftsplan der Freiheitshalle und Volksfestplatz werden Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nicht festgesetzt.
- (4) Im Wirtschaftsplan des Krematoriums werden Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nicht festgesetzt.

§ 3

- (1) Im Vermögenshaushalt werden Verpflichtungsermächtigungen in der Höhe von 43.509.510 € festgesetzt.
- (2) Im Wirtschaftsplan des Bauhofs werden Verpflichtungsermächtigungen nicht festgesetzt.
- (3) Im Wirtschaftsplan der Freiheitshalle und Volksfestplatz werden Verpflichtungsermächtigungen nicht festgesetzt.
- (4) Im Wirtschaftsplan des Krematoriums werden Verpflichtungsermächtigungen nicht festgesetzt.

§ 4

- (1) Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 20.000.000 € festgesetzt.
- (2) Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan des Bauhofs werden daneben nicht beansprucht.
- (3) Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan der Freiheitshalle und Volksfestplatz werden daneben nicht beansprucht.
- (4) Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan des Krematoriums werden daneben nicht beansprucht.

§ 5

Die Hebesätze für die Grundsteuer und die Gewerbesteuer wurden in der Satzung über die Festsetzung der Hebesätze bei den Realsteuern (Hebesatz-Satzung) vom 7. Dezember 2016 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

- | | |
|---|----------|
| a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (A) | 330 v.H. |
| b) für die Grundstücke (B) | 410 v.H. |

2. Gewerbesteuer

400 v.H.

§ 6

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2018 in Kraft.“

Beschlussvorschlag zum Finanzplan zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018:

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 12.03.2018 wurde das Beratungsergebnis dem Stadtrat einstimmig/mehrheitlich zur Beschlussfassung empfohlen. Als Ergebnis der Vorberatung wird daher der Stadtrat um folgende Beschlussfassung gebeten:

Der nach Art. 70 GO und § 24 KommHV-K aufzustellende Finanzplan zum Haushaltsplan 2018 wird in der Fassung vom 27.02.2018 gemäß Art. 32 Abs. 2 Nr. 5 GO beschlossen.

Aussprache:

Im Anschluss an den Vortrag ergreift der Herr CSU-Fraktionsvorsitzender **F l e i s c h e r** das Wort:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

"No, ihr werdd doch hoffentlich net so long redn. Ist doch eh schon olles gsocht, ist doch eh scho olles kloar". Diese oder ähnliche Hinweise habe ich im Vorfeld dieser Sitzung immer wieder - auch aus den Reihen des Stadtrats - gehört. Ich überlegte, ob dies tatsächlich Hinweise oder vielleicht sogar Bitten waren. Schließlich habe ich mir diese Aussage zu Herzen genommen und werde mich kurz, also verhältnismäßig kurz, fassen.

Zur Vorbereitung auf meine diesjährige Haushaltsrede habe ich meine Haushaltsreden der letzten neun Jahre nochmals überflogen. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, so einen Rückblick kann ich

Ihnen nur an´s Herz legen. Man wird erinnert, was sich in Hof alles zum Positiven gewandelt hat, wie sich die Stadt Hof entwickelt hat, was sich alles verändert hat.

So ist mir zum Beispiel aufgefallen, dass sich in den Jahren 2009 bis 2013 drei Punkte wie ein roter Faden durch die Haushalte zogen. Nicht nur eine sehr hohe Zinslast bereitete dem Kämmerer Kopfzerbrechen, auch die ständig sinkende oder zumindest äußerst niedrige Gewerbesteuer war häufig ein Problem. Der dritte Punkt waren die ständig steigenden Kosten im Sozialbereich. Im uns vorliegenden, zu beschließenden Haushalt haben wir die niedrigste Zinslast seit der Wiedervereinigung. Die Gewerbesteuer befindet sich auf einem bemerkenswerten Stand. Einzig die Steigerungen im Sozialetat sind uns geblieben.

Aber nicht nur in der Zinslast oder in der Gewerbesteuer, die als einfache Beispiele dienen, haben wir einen Wandel erlebt, sondern auch im Procedere der Haushaltsberatungen selbst hat es Veränderungen gegeben. Sind wir vor über zehn Jahren noch Position für Position des Verwaltungs- und des Vermögenshaushalts durchgegangen, so hat der Kämmerer in den letzten Jahren mit dem Stadtrat Grundlagen für ein gemeinsames Grundverständnis geschaffen. Durch eine von Sitzung zu Sitzung angepasste Übersicht der Gesamtsituation, die sich auf wenige Seiten Papier beschränkt, werden wir immer am Laufenden gehalten. Für jede angesetzte Beratungsrunde hat uns die Kämmererei vorbereitete Listen als Diskussionsgrundlage zur Verfügung gestellt. Diese komprimierten Listen ermöglichten ein zielorientiertes Vorbereiten auf die anstehenden Sitzungen. Für diese – wie bereits erwähnt – gemeinsam erarbeitete Vorgehensweise bedanke ich mich im Namen der CSU-Fraktion bei unserem Kämmerer Peter Fischer und seinem Team.

Ebenfalls verändert hat sich die Berichterstattung. Seit, wie ich meine, zwei oder drei Jahren berichtet die Frankenpost über die Reihe "Mit der Lupe durch den Haushalt" teilweise sehr ausführlich aus den Haushaltsberatungen und durchleuchtet Hintergründe. Ich werde mir deshalb ein detailliertes Wiederholen von bereits Veröffentlichtem in meinem Vortrag verkneifen.

Dennoch gehe ich jetzt kurz auf den Verwaltungshaushalt ein. Zu Beginn der Beratungen am 23.10.2017 haben wir eine erste Übersicht des Verwaltungshaushalts 2018 erhalten und festgestellt, dass die Mindestzuführung zum Vermögenshaushalt um knapp 2,45 Millionen Euro unterschritten wird. In dieser Sitzung haben wir dann über verschiedene Haushaltsansätze gesprochen.

Eine Kürzungsposition haben wir in dieser Sitzung ausfindig gemacht. Unter dem Punkt „Förderung des Sports“ wurde das Gutachten zur Sportentwicklungsplanung aufgeführt. Dies führte innerhalb der CSU-Fraktion zu Diskussionen. Die CSU-Fraktion ist sich darüber einig, dass wir nicht 70.000 Euro für ein Gutachten im Bereich Sport einstellen können und im gleichen Haushalt stehen für die Hofer Sportvereine, das sind rund 50, gerade mal 77.000,00 Euro Sportförderung. Das kann man niemandem, vor allem nicht den vielen Sportlern und Ehrenamtlichen in den Sportvereinen erklären. Die CSU-Fraktion hat aber in Richtung Bürgermeister Strößner signalisiert, dass wir dieses Thema nicht einfach vom Tisch wischen werden. Gerne lassen wir uns die Inhalte dieses Gutachten und die vom Sportamt erhofften Erkenntnisse daraus im Laufe des Jahres im Sportbeirat vorstellen. Danach entscheiden wir, ob wir eventuell im nächsten Jahr Mittel hierfür bereitstellen wollen.

In der zweiten Sitzung der Haushaltsberatungen am 20.11.2017 wurden von der Kämmererei natürlich wieder Veränderungen in die Übersicht eingepflegt. Die Unterschreitung der Mindestzuführung lag nun bei rund 2,54 Millionen Euro. Gleichzeitig wurde uns ein Kürzungsvorschlag vorgelegt, den wir nach einer kurzen Diskussion angenommen haben. Bei den Bauhofmitteln erfolgt eine Kürzung um rund eine Million Euro und der Bauunterhalt wird um 1,26 Millionen Euro reduziert.

Zum Bauunterhalt ist auszuführen, dass jeder einzelne Euro der vom Fachbereich 66 angesetzten Mittel in Höhe von rund 8,0 Millionen Euro begründet ist. Aber wir müssen auch die in einem Jahr tatsächlich umsetzbaren Mittel betrachten. Hier war ein Blick auf die Ansätze der vergangenen Jahre hilfreich. Die CSU-Fraktion ist der festen Überzeugung, dass die im Haushalt verankerten 6,77 Millionen Euro für das Jahr 2018 auskömmlich sein werden. Die Ansätze sowie die Rechnungsergebnisse der Vorjahre bestätigen dies.

Neben einigen weiteren Kürzungen, auf die ich nicht gesondert eingehe, waren wir am Ende der zweiten Beratungsrunde bei einer Unterschreitung der Mindestzuführung von rund 220.000 Euro angelangt. An dieser Stelle haben wir die Beratungen dann auch unterbrochen, weil mit Bekanntgabe der Höhe der Schlüsselzuweisung erst im Januar 2018 zu rechnen war und dies eine große Unbekannte darstellte. Die Schlüsselzuweisungen lagen dann mit knapp 27,5 Millionen Euro auf einem Rekordhoch. Dieses Re-

kordhoch war auch notwendig, um Steigerungen bei den Personal- und bei den Sozialausgaben zu kompensieren.

Die Ausgaben im Einzelplan 4 steigen stetig und belaufen sich mittlerweile auf 24,1 Millionen Euro, das entspricht 15% des gesamten Verwaltungshaushalts. Das genaue und detaillierte Planen der einzelnen Ausgabepositionen ist auf Grund der Vielschichtigkeit der verschiedenen Haushaltsstellen in diesem Einzelplan nicht möglich. Hier werden zum Ende des Jahres wieder Mittelbereitstellungen von anderen Haushaltsstellen notwendig sein. Allerdings gilt es festzuhalten, dass diese in Jahr 2017 meist aus dem Einzelplan 4 erfolgen konnten.

Hervorzuheben ist aus Sicht der CSU-Fraktion auch die Erhöhung des Zuschusses für den Hofer Zoo. Dank vieler Spenden konnte sich der Hofer Zoo einige, schon lange Zeit geplante, Investitionen, Reparaturen oder Ersatzbeschaffungen leisten. Nun gilt es, dem Zoo auch für den laufenden Betrieb Planungssicherheit und damit Entwicklungsmöglichkeiten zu geben. Die vorgesehene Erhöhung freut die CSU-Fraktion besonders, denn der Zoo ist nicht nur für uns alle hier im Haus eine Herzensangelegenheit, sondern auch eine Herzensangelegenheit für alle Hoferinnen und Hofer.

Zusammenfassend ist die CSU-Fraktion mit dem uns vorliegenden Verwaltungshaushalt zufrieden. Er ist wieder etwas komfortabler als die Ausführungen der Jahre 2008 und folgende, allerdings gibt es auch noch Luft nach oben. Bereits bei der Erstellung des ersten Nachtragshaushalts des Jahres 2017 habe ich darauf hingewiesen, dass sich die Situation in Hof zwar deutlich verbessert hat, aber dass immer noch ein konsequenter Sparkurs notwendig ist, um den Konsolidierungskurs aufrecht zu erhalten. Hieran werden wir uns auch noch viele Jahre halten müssen.

Mit dem heute zu beschließenden Verwaltungshaushalt überschreiten wir die vorgesehene Mindestzuführung um 1,88 Millionen Euro, sind allerdings noch um einiges von der Sollzuführung entfernt.

Nach der Weihnachtspause haben wir uns im neuen Jahr nach den Beratungen in den Fachgremien mit dem Vermögenshaushalt befasst. Unser Kämmerer Peter Fischer hat - wie in den gesamten Beratungen - die Unterlagen äußerst übersichtlich zusammengefasst und das Wesentliche an den Anfang gestellt. Die Vorgabe der Regierung von Oberfranken im Bescheid der Stabilisierungshilfe des Jahres 2017 war klar. "Beschränkung der Kreditaufnahmen auf einen deutlich unterhalb der ordentlichen Tilgung liegenden Wert" zu bringen. Dies wurde durch eine Rückfrage bei der Regierung noch konkretisiert, so dass die Vorgabe "keine Nettoneuverschuldung für neue Maßnahmen" ausgegeben wurde. Diese Theorie wurde dann in Zahlen gegossen.

Das Ziel war es, nach den Beratungen in den Fachbeiräten und der dort durchgeführten Priorisierung die Kreditsumme um rund 4,9 Millionen Euro zu kürzen.

Auch hier folgte der Haupt- und Finanzausschuss dem Vorschlag des Kammereileiters zunächst insgesamt 1,5 Millionen Euro bei den Betrieben, also 900.000 Euro bei der Freiheitshalle und 600.000 Euro beim Bauhof einzusparen. Bemerkenswert hierbei ist allemal die Tatsache, dass der Bauhof diese nun fehlenden 600.000 Euro aus Eigenmitteln finanzieren kann.

Die Kürzung des Kernhaushalts belief sich dann noch auf knapp 3,2 Millionen Euro. Die Vorschlagsliste der Kämmerei haben wir in der CSU-Fraktion ausgiebig beraten und die Änderungswünsche der CSU-Fraktion lösten sich dann in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, also bei der nächsten Beratung, nahezu von selbst auf.

Für das Feuerwehrfahrzeug existierte bereits eine Verpflichtungsermächtigung und der Fußgängerübergang in der Wunsiedler Straße wurde von der Verwaltung ohnehin gefordert und von der Streichliste entfernt. Es bedurfte keiner großen Überzeugungsarbeit der CSU-Fraktion, die Sanierung des Streetballplatzes in der Alsenbergerstraße nicht in die Priorität 2 zu schieben, sondern prioritär im Haushalt zu belassen.

Einen sehr wichtigen Anstoß in der Beratung gab Kollege Rainer Kellner, der die Sanierung des Bismarckturms ansprach. Die CSU-Fraktion unterstützte diese Idee sofort und forderte zumindest das Einstellen eines Betrages für die Planungskosten, um einerseits den Vermögenshaushalt nicht zu stark zu belasten, aber andererseits erste Planungsarbeiten zu ermöglichen. Der Bismarckturm muss in den nächsten Jahren baulich in Angriff genommen werden, um die Kosten in den kommenden Jahren nicht explodieren zu lassen.

In diesem Zusammenhang erinnere ich mich gerne an die Probleme mit vielen anderen Projekten, die wir nach und nach mit viel ehrenamtlicher Hilfe, extrem hohen bürgerschaftlichen Engagement, mit Zuschüssen von Stiftungen, mit Unterstützung von Sponsoren und von Bürgern gleichermaßen – geschultert haben.

Kurz zurück noch zum Vermögenshaushalt. Nennenswert ist, dass im Vermögenshaushalt des Jahres 2018 Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 43,5 Millionen Euro enthalten sind. Die Aufzählung in der Sitzungsvorlage der in den Jahren 2014-2016 mit der Regierung von Oberfranken abgesprochenen Baumaßnahmen ist beachtlich.

Kurz vor dem Ende meiner Ausführungen muss ein Blick auf den Schuldenstand sein. Vor einigen Jahren haben wir in der mittelfristigen Finanzplanung noch einen Schuldenstand von über 150 Millionen Euro ausgewiesen. Dass wir heute zum Ende dieses Jahres mit 100,2 Millionen Euro prognostizieren, ist das Ergebnis einer konsequenten Konsolidierung, die wir teilweise mit sehr viel Mut und auch mit der einen oder anderen Faust in der Tasche umgesetzt haben.

Aber auch die Bayerische Staatsregierung – und das fernab von Parteizugehörigkeit - hat uns mit der Stabilisierungshilfe und der Verstetigung dieser Stabilisierungshilfen über die ehemals angesetzten fünf Jahre hinaus sehr geholfen, den Schuldenstand auf dieses Niveau zu bringen. In der mittelfristigen Finanzplanung sind die Stabilisierungshilfen bislang noch nicht berücksichtigt, so dass wir auch in Zukunft mit einer Reduzierung unserer Verbindlichkeiten bei gleichzeitiger konsequenter Umsetzung von Baumaßnahmen und damit der seit vielen Jahren einhergehenden Steigerung unseres Anlagevermögens rechnen können.

Trotz der mit dem heutigen Beschluss gerade beendeten Haushaltsberatungen werden wir nicht umhinkommen im Laufe des Jahres, eventuell früher als gedacht, einen Nachtragshaushalt aufzustellen. Wie wir von Bürgermeister Eberhard Siller in einer der letzten Sitzungen gehört haben, benötigen wir unbedingt mehr Schulräume. Die vielen Zuzüge, die für die höheren Schülerzahlen verantwortlich sind, machen mehr Schulräume notwendig. Da diese Zuzüge nicht planbar waren, bzw. nicht planbar sind, werden hierfür Mittel notwendig sein, die wir in dem vorliegenden Haushalt nicht oder zumindest nicht in der erforderlichen Höhe bereitgestellt haben. Um eben in diesem Bereich reagieren zu können, werden wir um einen Nachtragshaushalt nicht umhinkommen. Wir haben die Schulstadt Hof mit unzähligen Schulaussanierungen und -ertüchtigungen, auf deren Aufzählung ich jetzt verzichte, auf einen hervorragenden Stand gebracht und wir müssen auch weiterhin dafür Sorge tragen, dass die Kinder unserer Stadt optimale Lern- und Ausbildungsbedingungen vorfinden.

Beim Stichwort Nachtragshaushalt greife ich auch das Thema Mobilfunk auf. Die FAB forderte seit Jahren ein Standortkonzept für Mobilfunkmasten, das wir immer wieder abgelehnt haben.

Der aktuelle Antrag der FAB ist allerdings völlig anders aufgebaut, verfügt über eine völlig andere Diktion. Das ideologische Festhalten an der Reduzierung von Mobilfunkanlagen ist einer sachlichen Art und Weise gewichen. Über den letzten Antrag der FAB haben wir in unserer Fraktion sehr lange diskutiert. Wir verstehen den Antrag so, dass wir mit einem solchem Standortkonzept einerseits die Standorte der Mobilfunkmasten in Hof erfassen, aber auch das schonungslose Aufdecken von Funklöchern, nach dem im Antrag aufgeführten Motto „so viel wie nötig und so wenig wie möglich“ und damit verbunden natürlich auch die Beseitigung dieser Funklöcher. Ein solches Gutachten muss natürlich auch die Erfordernisse für das 5G-Netz, das im Jahr 2020 Marktreife erreicht haben soll und dem Standard der Zukunft entspricht, berücksichtigen.

In dieser Form und mit diesen Vorgaben wird die CSU-Fraktion eine Beauftragung eines derartigen Gutachtens unterstützen. Sehr geehrte Damen und Herren der FAB, auf das Wort der CSU-Fraktion können sie sich verlassen.

Lassen Sie mich noch einen Blick in die Zukunft wagen. Natürlich dürfen wir in den nächsten Jahren nicht vergessen, dass wir nach wie vor eine Konsolidierungskommune im Freistaat Bayern sind. Das bedeutet, dass wir auch künftig auf jeden Cent im Haushalt achten müssen. Unser Ziel muss es sein, die beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen aufrecht zu erhalten und das Konsolidierungskonzept fortzuschreiben. Parallel dazu müssen wir das Kunststück fertig bringen, die Investitionen wie geplant umzusetzen und die Schulden weiterhin zu reduzieren.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, wer mich und meine Haushaltsreden in den letzten Jahren tatsächlich bis zum Ende verfolgt und zugehört hat, der weiß, nein der wartet förmlich darauf, dass der

CSU-Werbeblock noch kommt. Diesen Werbeblock erspare ich Ihnen in diesem Jahr, denn sonst würde ich sicher eine Stunde länger reden.

Ganz am Ende kann ich festhalten, dass die Haushaltsberatungen in einer sehr sachlichen Art und Weise stattgefunden haben. Sie waren von dem Ziel geprägt, das Beste für unsere Stadt zu erreichen. Ich bedanke mich als Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion bei Ihnen sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen für das gute Miteinander. Ein großer Dank geht natürlich an die Verwaltung mit dem Oberbürgermeister an der Spitze. Bitte leiten Sie den Dank der CSU-Fraktion an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung weiter. Ein besonderes Dankeschön geht an die Kämmerei. Herr Fischer hat mit seinem Team wieder einmal mehr ganz hervorragende Arbeit geleistet. Gleichmaßen nutze ich die Gelegenheit mich im Namen der CSU-Fraktion bei allen in der Stadt Hof ehrenamtlich Tätigen, egal in welchen Bereichen, herzlich zu bedanken. Ich bin mir sicher, dass ohne Sie das Leben in unserer schönen Stadt nicht so attraktiv wäre. Die CSU-Fraktion stimmt beiden Beschlussvorschlägen zu. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Nun folgt die Haushaltsrede von Frau SPD-Fraktionsvorsitzenden D ö h l a:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Herrn Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, Sitzungsteilnehmer aus der Verwaltung und Gäste.

Ärztin bin ich zwar nicht – da haben wir im Saal hier andere, echte vom Fach – aber ich will jetzt an den Anfang eine kurze Diagnose stellen:

Die Stadt Hof und ihre Finanzlage: Die Patientin hängt nicht mehr am Beatmungsgerät sondern wir haben einen genehmigungsfähigen Haushalt und damit Handlungsspielräume.

Aber: Am Tropf hängt sie schon noch, die Stadt Hof, was die Finanzen angeht und durch diesen Tropf in den Infusionsschlauch fließen zum Beispiel die Stabilisierungshilfen.

Also so gesund, dass alles aus eigener Kraft liefe, ist ´s noch nicht bestellt um unsere Haushaltslage und etwas Muskelschwäche haben wir auch noch, wenn es um die Kapazitäten in der Verwaltung geht, lange aufgeschobene Vorhaben jetzt umzusetzen.

Es ist ein Zahlenwerk, das wir heute auf den Weg bringen, und doch geht es um viel mehr als nur um Zahlen.

Es geht um Lebensqualität in unserer Stadt, es geht um Versorgung, Bildung, Infrastruktur und um unsere ganze Entwicklung.

Unser Anspruch muss sein: Alles, alles was in dem Haushalt enthalten ist, das ist wichtig. Das Wichtigste lässt sich kaum herausfiltern.

Das geht von A bis Z:

Von

A wie Asphalt,

B wie Bismarckturm,

E wie Eisteich,

S wie Sozialgebäude am Bauhof,

T wie Turnhalle bis

Z wie Zoo.

Sie sehen, die klassische Maßnahmen-Aufzählung habe ich stark verkürzt. Denn hinter den meisten Vorhaben steht ja auch eine ganz klare Mehrheit hier in der Stadt. Ich denke alleine an die lange Liste an Vorhaben bei Schulen, an denen wir immer wieder dranbleiben müssen, an unsere Kultureinrichtungen oder an die Straßen. Das ist unstrittig für uns im Stadtrat.

Doch natürlich ist der Haushalt auch ein Kompromiss. Jeder kämpft für seine Schwerpunkte und jeder akzeptiert aber auch, dass am Ende eine Einigung steht. Wie das in einer Demokratie zugeht, mit dem Ringen und dem Kompromiss, haben wir ja jetzt alle ganz ausführlich miterleben können, als es um den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung ging. Im Hofer Stadtrat gibt es keine Koalitionen – wir haben unterschiedliche Positionen, aber wir reden alle miteinander und wir hören uns auch meist recht geduldig zu. Ich hoffe, dass diese Arbeitshaltung nicht eines Tages durch populistische Aggressionspolitiker kaputtgemacht wird.

Was uns seit langem in Atem hält ist die Entwicklung unserer Innenstadt. Die Nachricht vom Kaufhof hat Hof geschockt. Schließen! Das wäre eine eindeutige Aussage über Hof als Geschäfts-Standort.

Dazu noch die Entwicklung in der Ludwigstraße. Die Situation läuft langsam aus dem Ruder, viel zu lange hieß es „Handel ist Wandel“, wir müssen das nicht weiter managen! Statt einer allumfassenden, aktiven und strategischen Planung sehe ich Stückwerk, sehe ich reagieren - aber ich sage, der Markt allein wird es nicht regulieren wie es weiter geht. Die Investoren, egal ob es um den Kaufhof geht oder um die Stadt-Galerie, die Investoren regeln nicht alles für uns oder automatisch in unserem Sinn oder im Sinn der Beschäftigten, die ich hier auch sehe, die heute dabei sind. Die Stadt muss viel stärker selbst die Weichen stellen.

Für mich ist der Zeitpunkt gekommen, an dem wir uns hier ein paar ganz großen Fragen stellen müssen. Und da geht es nicht drum, wo steht der Kugelbrunnen, sondern um Schwerwiegenderes - auch wenn der Kugelbrunnen sehr schwer ist.

Es geht darum:

- Wie lange kann der Busbahnhof z. B. noch in der Luitpoldstraße bleiben, wo doch die Bismarckstraße, die eine ganz wichtige Achse ist von Nord nach Süd, dadurch abgeschnürt wird?
- Wieviel Fläche braucht die Hofgalerie jetzt wirklich?
- Wie gelingt es, dass das Kaufhof-Gebäude ein Anziehungspunkt bleibt?
- Oder kann der Kaufhof doch noch gerettet werden? Haben Sie, Herr Oberbürgermeister wirklich schon alles Erdenklich hierfür getan - für den Kaufhof?

Damit komme ich auch zurück auf unsere Forderungen nach einem professionellen Citymanagement. Eine Einrichtung, eine Person, die sich ganz aktiv und mit voller Konzentration um die Belegung der Leerstände und um die Entwicklung unserer Innenstadt kümmert. DAS hat leider keinen Niederschlag in unserem Haushalt gefunden. Obwohl es fünf vor 12 ist - oder vielleicht auch 5 nach 12.

Leerstände versus attraktive Innenstadt? Das ist kein Thema, das nur die Einzelhändler oder Hausbesitzer in der Ludwigstraße betrifft, sondern alle - die gesamte Stadt. Es ist bedauerlich, dass die Stadt Hof nicht selbst das Geld aufbringen kann, um ganz interessante und auch für die weitere Entwicklung relevante Flächen zu kaufen. Wenn wir die Filetstücke selbst in der Hand hätten, dann wäre es bestimmt leichter sicherzustellen, dass die Investoren sich ganz eng an unseren Vorgaben orientieren. Denn in Hof sieht es ja so aus, dass es oft gar keine klaren Zielvorgaben gibt, bis dann ein Investor kommt und einen Plan präsentiert. Das gilt für den ehemaligen Zentralkauf genauso wie auch für das HofTex-Gelände in der Schützenstraße.

Dort oben in der Schützenstraße und in der Fabrikzeile, meine ich, soll auf jeden Fall etwas entstehen, das auch modernen und barrierearmen Wohnraum in die Innenstadt bringt. Diese Flächen waren jetzt beispielhaft dafür, wie Platz entsteht für ganz neue Angebote, aber uns geht auch die Baugeschichte etwas an, ob Theresienstein oder Bismarckturm. Die Stadt muss hier Vorbild sein, wenn prägende historische Bauwerke erhalten und saniert werden und dieser Verantwortung stellen wir uns auch im Stadtrat. Gut, dass für den Bismarckturm Mittel für erste Planungen in den Haushalt eingestellt wurden. Denn so lang ist die Liste der Wahrzeichen in unserer Stadt jetzt auch nicht, als dass wir da auch nur eines verrotten lassen dürften.

Jetzt von meinen Kindheitserinnerungen an den Bismarckturm hin zu den Kindern von heute:

Es fehlen in Hof Kita-Plätze. Wir bräuchten eine richtige Kita-Offensive. Der Bedarf ist nicht mehr gedeckt und zwar in einem Ausmaß, das wirklich ernste Nebenwirkungen hat. Gerade den Vorschulkindern fehlen dann ganz wichtige soziale und sprachliche Lernmöglichkeiten.

Und weil sich die Lage auch nicht so rasch jetzt entspannen würde bei den Neueröffnungen, hat die SPD auch schon letztes Jahr gefordert, dass man notfalls auch mal auf unkonventionelle Lösungen setzt und wirklich ganz kurzfristig entsprechende Betreuungsangebote entwickelt. Was ist geschehen?

Alles noch in der Wir-Reden-Drüber-Phase! Der Haushalt strotzt noch nicht davon. Wir brauchen Kindergartenplätze für alle, egal ob die Eltern berufstätig sind oder ob sie alleinerziehend sind zuhause, oder auch ob sie erst vielleicht seit kurzem hier bei uns im Lande sind und selber noch in den Sprachkurs müssen am Vormittag.

Bei vielen Kindern in unserer Stadt sind auch die Chancen für ihre Entwicklung und ihre Bildung beeinträchtigt. Etwa jedes dritte Kind wächst in einer armen Familie auf und die Folgen dieser Armut ziehen sich dann durch die ganze Schul- und Ausbildungsbiografie oft bis hin ins Erwerbsleben.

Wir haben Mittel gefordert für mehr kinderbezogene Armutsprävention - hier auf kommunaler, städtischer Ebene. Bis zur allerletzten Haushaltsberatung haben wir alle noch darum gerungen, wie am besten gewährleistet ist, dass wirklich neue Maßnahmen hierfür entwickelt werden.

Eine Kommune wie die Stadt Hof kann natürlich die Armut nicht abschaffen, dem stimme ich völlig zu. Aber wir können hier vor Ort schon etwas beitragen, dass einfach die negativen Auswirkungen auf die Kinder begrenzt werden. Unser Rahmen bietet doch die Möglichkeiten, Lebenslagen zu gestalten. Das ist es doch, was Kommunalpolitik auch so spannend macht, dass man sagt, hier vor Ort, wir können etwas tun und wir sind nicht nur allgemeinen Entwicklungen ausgeliefert, sondern wir können selbst Entscheidungen treffen und Weichen stellen. Das kann, was Kinder angeht, mit Maßnahmen auf ganz verschiedenen Ebenen passieren: Kinder und Eltern einfach zu stärken in ihren Persönlichkeiten, in ihrem Handeln durch frühe Hilfen oder durch aufsuchende Arbeit oder auch dass man die Verhältnisse strukturell verändert durch bestimmte Planungen und Einrichtungen.

Ich kenne schon die Kosten, die für Jugendhilfe im Haushalt stehen, diese sind immens und das meiste sind Pflichtausgaben. Aber wichtig ist auch die Prävention, dass man vorbeugt, bevor das Kind „in den Brunnen gefallen ist“. Und schließlich lohnt sich die Investition. Sie lohnt sich menschlich und sozial. Sie lohnt sich aber auch wirtschaftlich, weil für jeden Euro, den man in der Jugendhilfe ausgibt, im weiteren Lebensverlauf das Dreifache an Mitteln entweder eingespart wird an staatlichen Ausgaben oder dass es anderweitig durch zusätzlichen Einnahmen erzielt wird. Aber hier zeigt sich auch schon das Dilemma der verschiedenen Kostenstellen. Die Finanzierungsebene, was wir als Stadt ermöglichen, fließt nicht automatisch in die Stadt zurück. Auch das ist ein Grund, weshalb Kosten für Kinderbetreuung, für Jugend und Soziales stärker vom Bund finanziert werden müssten.

Die Zahl unserer Einwohner ist seit 1950 laufend gesunken. Den tiefsten Stand, die Talsohle, haben wir aber schon durchschritten, vor ungefähr vier Jahren. Es geht wieder ein bisschen aufwärts. Ein Grund dafür sind auch Zuzüge von Migrantinnen und Migranten. Die Ausländer von früher sind die Mitbürger von heute. Das ist nicht von jetzt auf gleich alles geschehen. Die Integration dauert, sie kennt auch Rückschläge, sie erfordert einen langen Atem und Geduld. Diese große Aufgabe in neuem Gewand hat sich niedergeschlagen in dem Umbau eines Fachbereichs. Es wurden neue Stellen geschaffen, neue Räume bezogen in der Karolinenstraße. So ein verlässliches Gerüst einer guten, hauptamtlichen fachlichen Arbeit ist ganz wichtig. Aber die Aufgabe wird auch gestemmt dank der Unterstützung von sozialen Einrichtungen und von Ehrenamtlichen. Was man auch beobachten kann: Es bewahrheitet sich, dass bei den Menschen, die wissen, dass sie bleiben dürfen, auch die Bereitschaft viel ausgeprägter ist, sich zu integrieren, die deutsche Sprache zu erlernen und einen Beruf zu ergreifen. Jobs gibt es bei uns.

Einiges an Geschrei ist hier verstummt, auch an Aufregung verebbt und die meisten Probleme – das muss man schon sagen – haben die Asylbewerber selbst: unsicherer Status, ewig angewiesen sein auf Hilfe. Bevor jemand sagt, denen geht es zu gut bei uns, möchte ich wissen: wer will tauschen? Das will auch keiner, oder?

Fazit zur Integration in Hof: Die Zeit spielt für uns, nämlich für diejenigen, die nicht Angst verbreiten, sondern konstruktiv nach vorne denken und überlegen wie packen wir das an und was müssen wir tun.

Aber zu uns kommen ja nicht nur Menschen, weil sie Schutz suchen, sondern auch aus erfreulicheren Motiven kommen Fremde nach Hof: um etwas zu erleben, um zu genießen. Das Tourismuskonzept, mit dem wir jetzt unser gesamtes Angebot mal einer Inventur unterziehen, zeigt: es ist richtig, dass wir dran bleiben an den Themen wie Saaleradweg, auch Camping oder Wohnmobilreisen und dass wir jetzt schauen, ob man attraktive Pakete aus Kulinarik und Natur für unsere Gäste schnüren kann.

Auch hier gilt, genauso wie bei der Innenstadtentwicklung oder der Integration: Wenn uns da ein guter Wurf gelingt, dann profitiert die Stadt als Ganzes davon und damit alle Bürgerinnen und Bürger. Also: Tourismus stärken – das machen wir für uns!

Wir haben Schönes und Sehenswertes in unserer Stadt, das bringen wir voran und stellen es dann noch einladender und sympathischer dar, dabei hilft das Konzept und dahinter stehen wir.

Aber neben dieser positiven Darstellung unserer Stadt müssen wir Stadträte uns auch unserer Kritikfähigkeit bewahren. Wenn man die 4 kreisfreien Städte in Oberfranken in ihrer Entwicklung und Wirtschaftskraft mal anschaut, dann liegen wir doch ein beträchtliches Stück hinter den anderen zurück. Das kann uns nicht gleichgültig sein und da werden wir in den nächsten Jahren noch kräftig ackern müssen.

Der Haushalt, den wir heute verabschieden, macht auch deutlich, welchen Stellenwert Anträge für die kommunalpolitische Weichenstellung haben. Er enthält einiges, was auf diesem Weg der Anträge angeschoben wurde. Welchen Verlauf so ein Antrag in der Diskussion nimmt, wann, wo, von wem welcher Beschluss dazu gefasst wurde, das soll künftiger etwas besser nachvollziehbar werden und auch transparenter für die Bürgerinnen und Bürger. Wer steht eigentlich wofür? Oder wer ist wogegen? Es geht darum, politisches Handeln und politische Entscheidungen klar nach außen zu kommunizieren. Deswe-

gen plädiere ich an dieser Stelle nochmal dafür, dass wir ein richtig gutes Antrags-Management für den Hofer Stadtrat einführen.

Für uns ist natürlich auch der Antrag Modellprojekt ÖPNV nicht erledigt allein durch die Presseberichterstattung. Die SPD Stadtratsfraktion ist der Meinung, dass die Stadt sich hier als Modellstadt anbieten soll. Denn bei uns ist der ÖPNV überhaupt noch nicht so ausgelastet, so stark belastet wie in den Modellstädten und bei uns wäre so eine Umsetzung viel einfacher und hätte aber auch die erhofften positiven Nebeneffekte, auch für die Zukunft.

Es gab viele Reaktionen auf den Antrag und die waren nicht nur negativ. Viele haben auch gezeigt, es besteht ein großes Interesse an unserem Busverkehr und es ist und bleibt für mich auch ein Zukunftsthema und wir sollten alles daran setzen, dass wir vielleicht mit so einem Projekt auch wieder andere Leute einfach in die Busse reinbekommen, die vielleicht im Moment nicht so viel damit anfangen können.

Abschließend noch ein Ausblick nach vorn, zurück zum Gesundheitsstatus, zu den Vitalwerten unserer Stadt.

Die mittelfristige Finanzplanung bis 2021: Kann da die Mindestzuführung oder sogar irgendwann die Sollzuführung erreicht werden in den nächsten Jahren? Werden die Schlüsselzuweisungen und die Einnahmen aus der Gewerbesteuer unsere Patientin weiter stabilisieren? Es ist nicht so sicher, ob wir immer zu einem genehmigten Haushalt kommen werden, aber die Frage Ja oder Nein, ist letztlich wieder die Frage Infusion oder Beatmungsgerät. Und bei so schwierigen Operationen wie dieser ist es wichtig, dass die ausgewiesenen Fachleute beteiligt sind. Und denen möchte ich im Namen unserer Fraktion jetzt auch danken.

Dank an den Fachbereichsleiter und Stadtkämmerer Herrn Peter Fischer und an sein Team, danke an alle, die den Prozess der Haushaltsberatungen und der Aufstellung so konstruktiv und tatkräftig gestaltet und begleitet haben.

Wir als SPD-Fraktion stimmen dem Beschluss zur Festsetzung der Haushaltssatzungen und des Haushaltsplanes zu, und auch dem Beschluss zur mittelfristigen Finanzplanung.“

Für die FAB-Fraktion nimmt Frau Fraktionsvorsitzende B r u n s Stellung:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren Stadtratskollegen, sehr geehrte Gäste!

Das Wichtigste vorne weg: Die FAB wird dieses Jahr dem Haushalt zustimmen. Ja, meine Damen und Herren, es ist viel Schönes dabei, in dem sich die FAB-Stadträte wiedererkennen. So z. B. eine Personalkostenerhöhung, nachdem die FAB im letzten Jahr auf die Finanzmisere des Zoos hingewiesen hat, konnte sich dieses Jahr der Stadtrat profilieren und hat 30.000 € für die Personalkostenerhöhung des Zoos eingestellt. Das hat uns sehr gefreut.

Die zügige Sanierung der FOS/BOS war auch immer ein Anliegen und die Weiterentwicklung der Saa-lequerung als südliche Umgehung der Stadt möchte ich noch einmal hervorheben, die wichtig ist für das neue Güterverkehrszentrum.

Trotzdem werden wir die Bauvorhaben der Stadt auch dieses Jahr kritisch begleiten:

So ist die Parkplatzsituation im Rathausviertel mit dem Bau eines Parkhauses für die VHS am Maxplatz noch lange nicht entspannt. Fehlende Stellmöglichkeiten für Beschäftigte und Besucher des Rathauses, vor allem aber auch für Kunden der Ludwigstraße fehlen und sind bisher auch nicht in Sicht. Gemäß dem Motto „No parking - no business“ sollte man sich genau überlegen, wen man mit einem Parkplatz in der Ludwigstraße beglückt.

Die Umgestaltung des Oberen Tores und damit die Anbindung der Ludwigsstraße und der Karolinenstraße an die Einkaufslage Altstadt wird uns beschäftigen. Vorschläge gibt es, aber noch keine endgültigen Gestaltungskonzepte. Eine Umsetzung des Kugelbrunnens sollte aber nicht erzwungen werden, wenn die Bevölkerung und die Stifter das nicht wollen.

Eine kritische Anmerkung hat die FAB auch zur Baustelle der Hof-Galerie: Wir hoffen wirklich, dass in diesem Jahr der Bau beginnt, da die Situation im Einzelhandel von Jahr zu Jahr schwieriger wird. Die

Ankündigung der Schließung des Kaufhofs hat uns kalt erwischt. Diese Entwicklung sehen wir mit großer Sorge und wir stellen die Frage, welche Alternativen die Stadt Hof mit dem Investor zusammen entwickeln könnte, wenn die Mietinteressenten für Geschäftsflächen ausbleiben und da sind wir gar nicht so weit voneinander entfernt, Frau Döhla, unser Interesse ist es, Leute in die Stadt zu bringen.

Die FAB stellt ebenfalls die Frage: Wie wird sich – wie kann sich die Stadt Hof weiterentwickeln? Klar ist, die Stadt Hof muss sich im digitalen Zeitalter neu aufstellen und gleichzeitig den direkten Kontakt zu ihren Bürgern pflegen.

Die Stadt Hof ist immer noch das Oberzentrum der Region und soll das auch weiterhin bleiben. Es ist deshalb überlebenswichtig, dass die Kernstadt wieder mit Leben erfüllt wird und zwar mit Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in der Stadt haben und nicht am Stadtrand.

Die Entwicklung eines neuen urbanen Viertels in der Innenstadt ist das einzige, das der Stadtrat direkt beeinflussen kann. Auf die Entwicklung des Einzelhandels haben wir keinen Einfluss, weil der von den Entscheidungen des Geschäftsinhabers und dem Kaufverhalten der Kunden abhängt. Aber die Entwicklung eines Bebauungsplans und damit die Entwicklung eines Neubaugebiets ist Hoheitsaufgabe der Stadt. Die Rahmenbedingungen sind in der Schützenstraße zu finden. Hier gibt es Grundflächen und einen Investor, der bereit ist sofort loszulegen und der auch genügend Geld hat, um das Projekt zu Ende zu bringen. Die Stadtverwaltung und der Stadtrat müssen deshalb diese Chance ergreifen und noch in diesem Jahr die Zukunft unserer Stadt gestalten.

Ich nütze, wie Sie ja wissen, die Situation der Haushaltsrede immer als Generaldebatte. Dieses Jahr habe ich gesagt, wir haben viel Schönes in diesem Haushalt entdeckt und können deshalb zustimmen und deshalb möchte ich mich nochmal recht herzlich bei der Kämmerei bedanken, die sich mal wieder die Mühe gemacht hat, den bestmöglichen Finanzrahmen anzusetzen mit vielen Extras, die dann entweder durchgeführt werden oder nicht, das werden wir sehen. Aber es ist natürlich weiterhin auch die Aufgabe der FAB, diese Entwicklungskonzepte, die vielversprechend sind, immer wieder anzumahnen und nachzufragen, denn wie der schöne Spruch heißt „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“.

Meine Damen und Herren, die FAB stimmt den Haushaltssatzungen und -plänen zu und hofft, dass wir mit möglichst wenig Verlusten und Defiziten aus der Sache gehen können. Danke.“

Herr Stadtrat D r . S c h r a d e r meldet sich zu Wort:

„Herr Oberbürgermeister, meine Herren Bürgermeister, liebe Stadtratskolleginnen und -kollegen, meine Damen und Herren, ich darf mich erst mal den Danksagungen anschließen und habe den Ausführungen entnommen, dass wir auf der Basis eines wirklich solide erarbeiteten Haushalts vor gewaltigen Herausforderungen in der Zukunft stehen. Gerade wenn man irgendeine Aufgabe abgearbeitet hat, türmen sich schon die nächsten Probleme auf, mit denen man nicht gerechnet hat. Wir können nicht alles lösen, wir können in unserer Stadt natürlich die eine oder andere Rahmenbedingung setzen, damit die Bürgerinnen und Bürger und die möglichen Investoren dann gute Bedingungen haben, um die Lebensverhältnisse in dieser Stadt zu verbessern. Ich möchte aber auch gleichsam noch eingehen auf Dinge, die mir am Herzen liegen.

Das eine ist der Hofer Osten. Die Stadt plant die Ortsumgehung Leimitz und wir verfolgen damit ja mehrere Ziele. Ein Ziel ist die Anbindung der Hochschulen an die A 93 und an die A 72. Ein anderes Ziel ist sicher die Entlastung der Anwohner in der Hubertusstraße von Verkehrslärm, von Abgasen, von Dreck und der Gefährdung beim auf die Straße gehen. Und diese Ziele können wir natürlich auch erreichen, mit einfacheren Mitteln, als dem was wir zurzeit an strittigen Verfahren und strittigen Ausbauplänen vorliegen haben. Was der Bund Naturschutz an Planung als Alternative aufgeworfen hat, kostet uns weniger als die Hälfte als diese Ortsumgehung Leimitz, die mittlerweile schon bei 6,5 Mio. Euro liegt, wo man doch mal mit knapp 4 Mio. Euro angefangen hat. Diese Ortsumgehung Leimitz hat aber noch einen zweiten Aspekt. Es ist ein Teil einer geplanten Südumfahrung der Stadt, um Verkehr - Schwerlastverkehr hauptsächlich - aus dem Osten von der A 72/A 93 zur B 2 und B 15 zu leiten. Der Generalverkehrsplan gibt uns dabei Hilfestellungen. Er ist nicht 1:1 umzusetzen, sondern da hat sich ein Gutachterausschuss Gedanken gemacht, wie wir die Ziele erreichen können. Die Saalequerung ist auch ein Teil dieser geplanten Südumfahrung und zusätzlich noch ein Teil des Innenstadtrings und da ist das Ziel, wir wollen die Innenstadt vom Verkehr, vom Durchgangsverkehr, entlasten. Wir wollen wirklich nur, dass diejenigen in die Innenstadt fahren, die dort auch was zu suchen haben und der Parkring genutzt wird und nicht, dass alle die Innenstadt als Durchfahrtsstraße benutzen.

Für die Anwohner im Wartturmweg und Alsenberg stellt sich die Planung, wie sie jetzt ist, als GAU heraus: Als größtes anzunehmendes Unglück. Es ist ein Schildbürgerstreich sondergleichen, wenn wir, Prognosen sind natürlich immer ein wenig problematisch wenn sie die Zukunft betreffen, wenn wir davon ausgehen, dass in ein paar Jahren, 10.000 - 20.000 Autos am Tag inklusive Lastwagen und Schwerlastverkehr außen herumfahren. Das ist ein frommer Wunsch. Da kann man über Lärmschutzmaßnahmen reden, da können wir darüber reden, dass ein Gutachter von Haus zu Haus geht und schaut wer ein Schallschutzfenster bekommt, aber die Aufenthaltsqualität im Freien tendiert gegen Null. Das hat natürlich auch im Generalverkehrsplan der Gutachterausschuss erkannt und hat eine weitere Umgehung über die Erlaloh und die Ascher Straße vorgeschlagen. Es ging damals schon nicht, weil die Gemeinde Döhlau gesagt hat „Mit uns nicht“ und da hat die Verwaltung auch schon gesagt, so wie es geplant ist, mit dem Durchgangsverkehr im Wartturmweg, das ist eigentlich Unsinn. Von daher muss man sich tatsächlich überlegen, wenn wir unsere Ziele mit solchen, teilweise nicht so ganz ausgegorenen Maßnahmen erreichen wollen, ist es nicht so bürgerfreundlich. Der Lärm bringt die Leute um.

Und wenn wir schon mal bei der Gesundheit sind:

Haben Sie sich mal Gedanken gemacht, was aus den Menschen geworden ist, die uns damals bei der Versammlung an der Hohen Saas ihre gesundheitlichen Probleme erzählt haben im Zusammenhang mit dem Funkmast da draußen? Nach meinem Dafürhalten, nachdem was ich mitbekommen habe, geht es ihnen jetzt besser, seitdem der Mast abgeschaltet ist. Das ist ein anderer Mast, aber das sind Menschen, die reagieren mit ihrer Gesundheit sehr empfindlich auf solche Strahlen und ich verstehe einen Ausbau des Mobilfunks so - auch wir Grüne telefonieren mit dem Handy, wir schicken keine Brieftauben mehr durch die Gegend - aber es geht bei dem Lückenschluss und dem Netzausbau auch darum, die gesundheitlichen Belange der Menschen im Auge zu behalten. Sie haben gesagt, Herr Oberbürgermeister, die Gesundheit ist unser höchstes Gut. Und wenn das nicht nur ein Spruch ist, um Leute zu beruhigen, dann müssen wir hier auch Taten folgen lassen und wenn wir jetzt das ganze einbauen können, diese Berücksichtigung der gesundheitlichen Aspekte in den Lückenschluss und in den Netzausbau, dann soll es recht sein.

Sie erwarten natürlich zu recht, ein Wort zum Flugplatz, wie in den Jahren zuvor auch. Und wenn ich in den letzten Monaten an den Flugplatz denke, dann kommt mir immer ein Schmunzeln ins Gesicht, weil das war eine geniale Idee, uns den Verzicht auf den Regionalflughafen mit den Plan B-Mitteln schmackhaft zu machen. Da haben wir in den haushaltslosen Zeiten vieles erreichen können für die Stadt, was sonst liegen geblieben wäre. Und wenn ich daran denke, an die Regionalflughäfen in Lübeck und in Rostock und in Schwerin und in Kassel, das sind dermaßen Millionengräber, da wären wir in Hof pleite wie sonst was, wenn wir so etwas hätten. Das lässt mich eigentlich die Zuschüsse, die ein Verkehrslandeplatz in Hof erfordert, einigermaßen verschmerzen. Ich wünsche mir, dass man dann auch mit der gleichen Selbstverständlichkeit auch mal den Busverkehr in Hof fördert, wenn die Zuschüsse der Stadtwerke nicht mehr ausreichen. Ich wünsche mir, dass man mit der gleichen Selbstverständlichkeit auch den Ausbau des Radverkehrs fördert. Ich wünsche mir, dass man mit der gleichen Selbstverständlichkeit vielleicht auch die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum fördert.

Optimale Stadtentwicklung, da zitiere ich Herrn Meringer, sieht anders aus. Aber ich bin natürlich Arzt und als Arzt kann ich immer nur das machen, was dem Wirtschaftlichkeitsgebot entspricht, d. h., das was notwendig ist, was ausreichend ist und das Maß des Notwendigen auch nicht überschreitet. D. h. wir können auf der Basis einer wirtschaftlichen Haushaltsführung versuchen, Bestmögliches zu erreichen für unserer Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Zum Schluss: Ich stimme der Beschlussvorlage in diesem Jahr zu.“

Herr Stadtrat E t z e l führt aus:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren. Um es vorweg zu nehmen. Ich lehne den Entwurf der Haushaltssatzung ab. Der mittelfristigen Finanzplanung stimme ich zu. Die Gründe für meine Ablehnung sind in erster Linie der Bau der Saalequerung, der allein in diesem Haushalt 2018 etwa drei Millionen Euro verschlingt. Weiterhin verschlingt der Flughafen fast eine Million, dann ist kein Standortkonzept vorhanden, auch das wurde bereits von Vorrednern ausreichend beleuchtet. Der Rathausanbau, für den habe ich damals beim Grundsatzbeschluss schon dagegen gestimmt und mich für die kostengünstigere Variante entschieden. Und was dankenswerter Weise die Kollegin Döhl relativ ausführlich schon beleuchtet hat: Die Frage der Kinderarmut in Hof. Hier sehe ich im Haushalt den Betrag von 70.000 Euro, ein Schritt in die richtige Richtung. Wenn man aber davon ausgeht, dass jedes 3. Kind in Armut aufwächst und zwar in amtlich festgestellter Armut, d. h. jedes 3. Kind wächst in einer Familie auf,

die von staatlichen Transferleistungen abhängig ist. Das ist ein Skandal allererster Güte und da ist mit den 70.000 Euro nicht viel gewonnen. Das ist ein ganz einfaches Rechenbeispiel. Die meisten Leistungen, die die Stadt Hof an Sozialleistungen erbringt, sind Pflichtaufgaben, an freiwilligen Aufgaben ist das wenig. Kollege Dr. Adelt hat zurecht auf den Artikel 28 Grundgesetz hingewiesen. Der Bund und die Länder statten die Kommunen nicht mit ausreichenden Mitteln aus, um gerade so ein Thema wie Kinderarmut - überhaupt Armut - in einer Stadt wirksam zu bekämpfen. Darüber hinaus hat das Thema Armut sehr viele Facetten. Aber klar ist auch eines: Wir können hier auf der kommunalen Ebene wirksam nichts gegen Arbeitslosigkeit tun. Arbeitslosigkeit ist nun mal ganz wesentlich für die Entwicklung von Armut in Familien.

Die zur Verfügung Stellung von ausreichenden Mitteln wird auch in den nächsten Jahren ein wesentlicher Punkt bleiben. Klar gibt es Konsolidierungshilfen, Stabilisierungshilfen, aber das dient nur dazu, um die Schulden weiter abzubauen. Das ist alles wichtig und richtig, aber letzten Endes bleibt es dabei: Die Kommunen, wie Hof, haben ganz wenig Spielraum, um von ihrem Selbstverwaltungsrecht, das im Grundgesetz verankert ist, Gebrauch zu machen.“

Frau Stadträtin S c h o e r n e r ergänzt:

„Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Hoferinnen und Hofer, ich möchte mich auch ebenfalls wie Kollege Etzel kurz fassen, zumal die beiden Vorredner ja im Wesentlichen schon alles gesagt haben, wenn auch mit unterschiedlichen Ergebnissen.

Beim Verwaltungshaushalt an sich gibt es dem Grunde nach keinen allzu großen Steigungsrahmen, denn dieser besteht überwiegend aus den Pflichtausgaben, aus Personal- und Sozialleistungen. Positiv allerdings möchte ich eine darüber hinausgehende Leistung hervorheben, nämlich die Anhebung des EJSZ-Zuschusses auf 15.000 € für 2018. Auch wenn gleich diese Anhebung der Flüchtlingssituation, so ist es zitiert im Haushaltsplan, und dem erhöhten Zuzug geschuldet ist, gehe ich davon aus, bzw. hoffe ich, dass dies nicht das einzige Argument für die Erhöhung ist, sondern vielmehr auch eine Erhöhung ohne die Fluchtsituation, wie wir sie seit 2015 kennen, stattgefunden hätte. Denn die Arbeit, die die EJSZ leistet, ist es auf alle Fälle wert. Die Arbeit im Bahnhofsviertel oder auch die Integrationsarbeit an sich sollte gerade bei weitsichtiger, zukunftsgerichteter Planung eben nicht aktuell Situationen im Haushalt sondern eine sichere Situation und nachhaltige Planung darstellen. Negativ herausheben muss ich, wie jedes Jahr, den Zuschuss für den Flughafen Hof-Plauen, der noch immer und vor allem trotz erfreulicher und steigender anderweitiger Nutzung mit 400.000 € zu Buche schlägt.

Wie nun die letzten Jahre immer wieder ausgeführt, wäre das Geld nachhaltiger in den öffentlichen Nahverkehr investiert, statt in den Firmen-Verkehrslandeplatz mit integrierter Parallelnutzung zum Testen von Fahrerassistenz, wie eigentlich das Areal da draußen besser und geschickter genannt werden könnte. Wobei gegen beide Nutzungen spricht ja an sich nichts, ganz im Gegenteil, aber eben diese 400.000 € Zuschuss nicht.

Beim Vermögenshaushalt sind vor allem die Sanierung der Schulen, beispielsweise FOS/BOS, Berufsschule oder eben auch der Bau des digitalen Gründerzentrums oder der Rathuserweiterungsbau erfreulich und positiv und vor allen Dingen zukunftsgerichtet.

Ebenso erfreulich, dass sich in Sachen Kernstadtaufwertung etwas tut und die Aufwertung des Scharniers „Oberes Tor“ aktiv angegangen wird. Doch bei allem fehlt mehr Tatkraft und Konzentration auf die Aufwertung der Ludwigstraße und die Fortschreibung bzw. die umfängliche Umsetzung des Kernstadtkonzepts. Hier wünsche ich mir für mehr Attraktivität letztendlich mehr Aktivität, mehr Feste, mehr sichtbare Aktivität. Sicherlich wird uns vielleicht hier ein Citymanager gut tun, der sich dann ausschließlich damit beschäftigt und nicht verschiedene Hüte auf hat.

Der Ausbau der Ortsumgehung Leimitz-Haidt steht dabei ebenso wie der Bau der Saalequerung im Plan für 2018. Beides ohne ein schlüssiges Verkehrskonzept. Wie etwa LKWs, Sattel- und Lastzüge beispielsweise von der geplanten neu zu nutzenden Ortsumgehung Leimitz-Haidt zur Saalequerung gelangen sollen, ohne eben durch Wohngebiete zu müssen, konnte bislang nicht schlüssig erklärt werden.

Auch wenn beide Haushaltspläne sehr viel Positives enthalten und die Umsetzung uns sicher ein ganzes Stück nach vorne bringen wird, habe ich die drei ausschlaggebenden Punkte für mein Nein bereits genannt, nämlich Flughafen, Ortsumgehung und Saalequerung.“

Abschließend wendet sich Oberbürgermeister D r . F i c h t n e r mit ein paar Worten an den Stadtrat:

„Ich darf Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren ganz herzlich danken für Ihre Ausführungen. Früher waren wir bei vier Stunden Haushaltsberatung, heute wird es voraussichtlich eine gute Stunde. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte auch nicht in Gänze alles wiederholen. Herr Fleischer hat es gesagt: Fühlen Sie sich noch einmal 10 bis 15 Jahre zurückversetzt. Da hatten wir eine Arbeitslosigkeit von 12 % oder 13 % und nur ein Thema worüber wir gesprochen haben, schauen Sie sich die alten Haushaltsreden an: Arbeitsplätze, Arbeitsplätze, Arbeitsplätze.“

Ich habe heute von niemandem von Ihnen - und das sage ich ohne Kritik, nur als Ergänzung - das Thema gehört. Von daher danke ich auch hier in öffentlicher Sitzung all den Unternehmen, die sich in Hof am Standort engagieren, die dafür sorgen, dass wir eine Rekordzahl von Sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in der Stadt haben und dass wir eine rekordverdächtige Gewerbesteuer haben. Es gab Jahre, auch zu meiner Amtszeit, da lag die Gewerbesteuer bei 10 Mio. Euro brutto. Wir liegen heute bei 24 Mio. Euro. Das ist ein Spiegelbild der wirtschaftlichen Situation, das sich auch in Hof, wenngleich die Herausforderungen bleiben, niederschlägt.

Ich will nicht in Gänze wiederholen die Baumaßnahmen, derzeit alle laufen, aber auch da erinnern Sie sich bitte zurück, als wir vom Sanierungsstau gesprochen haben, haben wir heute vermeintliche Luxusprobleme. Wir reden nicht mehr vom Sanierungsstau, wir reden davon, dass die Mitarbeiter im Bauamt erheblich belastet sind, um all die Sanierungen, von Ihnen vorgegeben, umsetzen zu können und wir reden davon, dass es kaum oder wenig Baufirmen gibt, die leistungsfähig sind und die geplanten Baumaßnahmen entsprechend zeitnah im Kostenrahmen ausführen können. Also dies untermauert das positive Bild, das Sie gezeichnet haben. Wie gesagt, ich will die Baumaßnahmen nicht im Einzelnen wiederholen. Wir freuen uns natürlich auch, dass auch Private in der Stadt investieren. Ich denke an die Volkshochschule, auf das Thema Parkplätze komme ich gleich nochmal, ich denke aber insbesondere auch an den Einzelhandel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir wäre es auch lieber, gäbe es noch ein großes Bekleidungshaus in der Altstadt, gäbe es noch ein großes Bekleidungshaus am Oberen Tor, gäbe es noch einen Haushaltswarenladen, der zur Zeit seinen Ausverkauf macht, in der Ludwigstraße, gäbe es noch den Kaufhof in der alten Form, meine sehr verehrten Damen und Herren, am liebsten mit Feinkostgeschäft, am liebsten mit Restaurant im zweiten Stock. Aber die Zeiten haben sich geändert und auch die Möglichkeiten einer Kommune Einfluss zu nehmen haben sich geändert. Suggestieren Sie bitte nicht, wie es in Teilen geschehen ist, die Stadt kann auf privatrechtliche Verhältnisse Einfluss nehmen. Die Stadt hat die Möglichkeit der Bauleitplanung. Wir haben es vor Kurzem genutzt: Siehe Biedermeiertel. Frau Bruns, da haben Sie sich sehr engagiert, sind wir uns aber auch einig geworden. Wir haben es genutzt, als wir noch eine andere Situation hatten im Bereich Zentralkauf. Sie werden, ich habe es im Bauausschuss mit Herrn Pischel betont, in nächster Zeit befasst werden auch mit dem Thema Schützenstraße. Ich bedauere außerordentlich, dass ein großes Kaufhaus diese Veränderung nimmt. Aber warum kommt diese Veränderung? Weil sich die Rahmenbedingungen geändert haben und die haben nicht wir als Stadt geändert. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe es gerade noch einmal den Mitarbeitern im persönlichen Gespräch gesagt und habe es in den Ausschüssen wiederholt betont: Ich bin aus allen Wolken gefallen, als mich am 5. Oktober, so glaube ich, ein Anruf ereilt hat, den Kaufhof in dieser Form wird es wohl nicht weitergeben. „Wenn's mit dem Kaufhof nicht weitergeht, dann plane ich ein Hotel hier“. Meine sehr verehrten Damen und Herren, **ich** kann auf die Mietpreisverhandlungen zwischen Kaufhof und Eigentümer **keinen** Einfluss nehmen. **Den** Kaufhof gibt es nicht mehr. Ich erinnere mich noch gut, Herr Dumann, an Herrn Brinkmann, Kaufhofdirektor alter Schule, im positiven Sinn, und Stadtrat. Natürlich, wie gesagt, die Zeiten haben sich geändert. Sind wir unter dem Strich froh, dass wir keine Brache haben, dass wir einen Eigentümer haben, der sich zwar mit seinem bisherigen Mieter, leider, das unterstreiche ich dreimal, nicht einig geworden ist, der aber nicht sagt, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie viele Hausbesitzer, die wir auch in der Stadt Hof haben, „Ich lasse mein Eigentum verlottern“, damit meine ich weniger Gewerbe- sondern Privatimmobilien, mit all den Punkten, auf die ich noch komme.

Ich will das Thema Flüchtlinge heute nicht von A - Z besprechen, aber das sind auch Punkte, weil wir verantwortungslose Eigentümer haben. Der Kaufhof-Eigentümer, das stand auch in der Zeitung, hat in Hof, ich wusste gar nicht, dass dies so publik ist, vor Kurzem groß vor einigen Jahren auf der gegenüberliegenden Seite investiert, wo eine große Einzelhandelskette dort eingemietet ist. All das spricht dafür, dass der Eigentümer Interesse hat, dass sich an diesem Standort etwas tut. Dass dies nur beschränkt Einzelhandel ist, bedauere ich, aber meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Einzelhandelsstadt, unsere Innenstadt, kommt aus einer ganz anderen Zeit. Unsere Innenstadt geht von der unteren Ludwigstraße/Sigmundgraben bis zur Lorenzstraße. Wir müssen versuchen zu zentralisieren und wenn

Sie sagen Citymanager: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Citymanager, den wir übrigens im Haushalt bei der Städtebauförderung haben, der kann vieles tun, meine sehr verehrten Damen und Herren. Der kann z. B., ich denke an kein spezielles Geschäft, an ein Geschäft in der Straße XY gehen, wo das Geschäft im peripheren Bereich noch verblieben ist und kann sagen „Ich will vermitteln. Willst du nicht in die Altstadt, in die Ludwigstraße, in die Karolinenstraße, in den Kernbereich?“. Er kann aber nicht zum Eigentümer des Kaufhofs gehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, oder zur Betriebsgesellschaft des Kaufhofs und kann in Mietvertragsverhandlung eingreifen. In eine Gesellschaft, wo so etwas möglich war, will ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht zurück. Ich bin ein sehr, sehr sozialer Mensch und nehme die Dinge sehr ernst. Dies bestätigen mir auch Betriebsratsvorsitzende von anderen Firmen und da schaue ich den Herrn Etzel an, mit dem ich nicht viel gemein habe. Aber da gab es auch schon mal Entscheidungen, wo ich an vorderster Front stand im Interesse der Arbeitnehmer und das werde ich auch hier tun. Aber ich kann eines nicht tun: Ich kann den Kaufhof nicht nötigen, in Hof zu bleiben. Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, nehmen Sie bitte mit aller Freundlichkeit zur Kenntnis. Ich kämpfe in unserer Stadt, deswegen habe ich auch eingangs die Leistung der Wirtschaft in unserer Stadt betont, für jeden einzelnen Arbeitsplatz - und wir haben Rekordzahlen von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen, ein Erfolg der Unternehmen in erster Linie und nicht des Rathauses. Das gilt auch hier. Aber ich bitte Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, bleiben Sie bei den Dingen realistisch.

Ich bin sehr zuversichtlich, ich bin sehr froh, dass es uns verwaltungsintern gelungen ist, innerhalb von kurzer Zeit ein Konzept „Kernstadt 2020“ zu entwickeln. Warum Kernstadt 2020? Weil wir deutlich machen wollen, es muss schnell gehen. Wir haben den Bauantrag der Hof-Galerie, wir haben eine Entwicklung im Kaufhof, die ich eben in Kürze versucht habe, zu beschreiben, und wir haben, auch das kam in einigen Beiträgen zum Ausdruck, eine Konzeptstudie für den Bereich Oberes Tor. Auch da wird es Entwicklungen geben, auch die sind im Haushalt niedergelegt.

Mir ist nicht bange, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wenn ich sage, wir haben arme Kinder, wir haben eine tote Innenstadt. Wen will ich dann überzeugen, nach Hof zu gehen? Dann kann ich meine Tätigkeit hier einstellen und Sie, meine sehr verehrten 40 Damen und Herren Stadträte, Sie haben es nicht so gemeint, im Prinzip auch. Ich glaube, dass wir hervorragende Voraussetzungen haben, uns in einer sich rasant verändernden Welt zu positionieren. Und jetzt komme ich nochmal zurück auf die Rolle der Kommune, es wird nun doch etwas länger als fünf Minuten:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie heute Abend die Nachrichten einschalten, sehen sie eines: Veränderung, Veränderung, Veränderung.

Veränderung in einer unglaublichen Weise der weltpolitischen Sicherheitssituation, Russland - Großbritannien als Stichwort - Sie wissen alle, was ich meine. Die Krisenherde rücken alle näher. Erhebliche Veränderungen in Deutschland. Zum Glück, weil nur durch Veränderung bleibt alles so, wie es ist, wenn wir nichts verändern, dann bleibt nichts wie es ist. Der Bürger sieht seine Heimat, seine Stadt, die gute Stube, die Wohlfühlstadt, mit viel sozialer Infrastruktur, mit viel Freizeitinfrastruktur, mit einer unvergleichlichen kulturellen Infrastruktur und sieht aber gleichzeitig Veränderung. Die ist da in der Innenstadt, die ist ganz erheblich da und das müssen wir erklären, meine sehr verehrten Damen und Herren. Da bitte ich Sie wirklich alle mitzugehen. Frau Döhla, ihr Zwischensatz hat mir sehr gefallen. Ich fand es auch gut bei den Haushaltsberatungen, dass man gegenseitig mal nicht nur die eigene Fraktion herausstellte, dass Herr Fleischer gesagt hat „Danke, dass Sie den Antrag kommunaler Ordnungsdienst mitgegangen sind“. Zum FAB-Antrag in Sachen Mobilfunk, vielleicht Thema Gesundheitsschutz reagiere ich immer allergisch, weil ich vor kurzem selber im Krankenhaus war, Gesundheitsschutz kann ein Stadtrat, glaube ich, nicht gänzlich beeinflussen. Gesundheitsschutz und moderne, digitale Infrastruktur in Einklang zu bringen, ich denke, so soll es in einer Kommune ablaufen, nicht dass eine Fraktion glaubt, das ist mein Antrag, den peitsche ich durch und die andere ebenso, sondern dass man miteinander arbeitet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube in keiner Rede habe ich etwas von unseren Hochschulen gehört. Ein Nucleus ohne Gleichen. Wir haben im nichtöffentlichen Teil noch einen Punkt, die Weiterentwicklung der Hochschulen betreffend, zu beschließen. Am Samstag stand in der Zeitung ein fantastischer Bericht über unsere Hochschulen. Ich hoffe, Sie haben ihn wirklich alle gelesen. Weil, es müssen erst einmal Auswärtige nach Hof kommen, um uns zu zeigen, was wir alles haben. Ich weiß nicht, wo ich es gelesen habe: Es gab vor kurzem eine Umfrage unter Studenten, die gefragt wurden, was sie in Hof am meisten stört. Die haben geantwortet: Die vielen Motzer.

Also: Ein bisschen mehr Lebensgefühl, ein bisschen mehr Selbstwertgefühl - keine barocke Selbstzufriedenheit - sondern das Maß, die richtige Mischung aus Leidenschaft und Gelassenheit, die Herausforderungen anzugehen, das würde uns allen ganz gut tun.

Lassen Sie mich noch auf eine große Herausforderung eingehen, das hat uns wiederholt befasst und betrifft den Haushalt nicht nur am Rande, sondern was die sozialen Themen betrifft wie Kindergärten, Thema Armut, ganz massiv.

Natürlich ändert sich unsere Sozialstruktur mit den vielen Zuwanderern. Ich will es wirklich nicht vertiefen, wir hatten vor einigen Monaten dazu mal eine Generaldebatte und ich denke, die Entwicklung hat sich stabilisiert. Wir hatten die große Zuwanderung bis August 2017. Wir haben noch eine leichte Zuwanderung. Für mich ist die einzig wahre Statistik die des Jobcenters, denn da meldet sich jeder, weil es Geld gibt. Da macht aber auch eines Sorge. Wenn ich das Delta nehme zwischen den zugewandert Leistungsberechtigten und den Erwerbsfähigen, da sind ein paar Rentner, Behinderte, Kriegsversehrte dabei, die als Flüchtlinge kommen, aber der Großteil sind Kinder. In dem Bereich sind die Kinder der Schlüssel zur Integration. Ich war letzte Woche begeistert, da waren zwei vierte Klassen bei mir, von der Christian-Wolfrum-Schule, mit vielen Flüchtlingskindern - Iran, Syrien - die ein sehr, sehr ordentliches deutsch sprechen. Die Erwartung von allen, von ihren Lehrern, von mir oder der ganzen Gesellschaft: Lernt bitte, neben Volkshochschule und was es alles gibt, lernt euren Eltern auch deutsch.

Wir werden Ende April, in der bereits angekündigten Bürgerinformation mit einem breiten Dialog, zu dem auch Flüchtlinge eingeladen sind, aber auch die Hofer Bevölkerung eingeladen ist, über viele Herausforderungen aber auch über viele Chancen reden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, letztendlich hängt vieles an der Entwicklung der Bevölkerung. Wir werden weniger, wir müssen schauen, dass wir die Zentralität Hofs erhalten. Wir müssen aber auch sehen, das ist der abschließende Gedanke, neue Menschen nach Hof zu bekommen. Da gibt es sehr gute Ansätze, auch das wurde erwähnt: Wir haben den Tiefpunkt der Bevölkerungsentwicklung überschritten, natürlich viel Zuwanderung durch Flüchtlinge aus Kriegsgebieten, aber auch Zuwanderung von jungen Familien, das stelle ich wiederholt fest, auch in der persönlichen Wahrnehmung. In dem Lebensabschnitt, in dem die Ausbildung vorbei ist und die Kinder in das Kindergarten- und Schulalter kommen, die sagen, das Leben in Hof und auch im Landkreis Hof ist angenehmer, ist günstiger als in Berlin, München und Frankfurt. Voraussetzung ist natürlich, entsprechend einen Arbeitsplatz hier zu bekommen.

Ich will schließen mit dem Appell: Bitte bringen Sie sich wirklich ein.

Das Thema Antragsmanagement wird behandelt aber ich freue mich als Oberbürgermeister, das meine ich ernst, über jede Idee, die aus dem Stadtrat kommt. Das ist die Aufgabe des Stadtrats, Ideen zu entwickeln. Sie sind das Sprachrohr der Bevölkerung. Nicht jeder Antrag wird umgesetzt werden können, nicht jeder Antrag wird aus finanziellen Gründen, aus anderen Gründen eine Mehrheit finden, aber bringen Sie sich weiter ein. So funktioniert lebendige Demokratie.

Ich bin zufrieden und freue mich wirklich, dass es im Stadtrat eine ganz breite Mehrheit gibt, dass wir die Möglichkeit haben, die Herausforderungen anzugehen, jede mit unterschiedlicher Ausprägung. Dass der eine das Soziale mehr betont, ich betone es im Übrigen auch, weil es mich umtreibt, weil es mir Sorge macht, weil ich vor kurzem ein Gespräch mit einer erfahrenen Sozialpädagogin hatte. Ich bin kein gelernter Sozialpädagoge, aber es macht mir Sorge als Erfahrungspädagoge, als Vater. Das gehört jetzt nicht zum Haushalt, aber das gehört zur Entwicklung der Stadt. Es ist heute sicherlich schwieriger, ein Kind zu erziehen, als vor dreißig, vierzig Jahren. Im Zeitalter wo es noch keine E-Mails gab, da hat ein Kind ein Buch gelesen. Wenn Sie heute ein Kind haben, das um acht zur Schule soll, sieht aber die Eltern um acht noch im Bett liegen, das ist schwer. Wie kommt man da hin mit den Mitteln unseres Jugendhilferechtes? Das ist ein breites Feld.

Abschließend herzlichen Dank für die signalisierte, breite Zustimmung. Die Herausforderungen bleiben. Sehr geehrte Frau Bruns, wir haben uns im letzten Jahr im Stadtrat teilweise gewundert, dass Sie mit der Begründung Zoo den Haushalt ablehnen. Auch da freue ich mich, dass es uns gelungen ist, gemeinsam, da waren wir als Bürgermeister mit dabei, da war die Kämmerei mit dabei, das Bauamt, den Zoo mit viel Geld für die Zukunft gut aufzustellen. Ich glaube, das war das richtige Beispiel für das richtige Maß von Engagement und Gelassenheit und mit dem lässt sich, glaube ich, die Zukunft unserer Stadt gut gestalten. Herzlichen Dank.“

Beschluss:

Nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss beschließt der Stadtrat in getrennten Abstimmungen wie folgt über den Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat schließt sich mehrheitlich mit 33 Stimmen gegen 2 Stimmen (Herr Stadtrat Etzel und Frau Stadträtin Schoerner) der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes der Stadt Hof für das Haushalts-

jahr 2018 an.

Der Stadtrat schließt sich mehrheitlich mit 34 Stimmen gegen 1 Stimme (Frau Stadträtin Schoerner) dem Finanzplan zum Haushaltsplan 2018 an.

Der beiliegende Finanzplan für die Jahre 2017 – 2021 sowie die Wirtschaftspläne für Bauhof, Freiheits-halle und Krematorium bilden einen Bestandteil dieses Beschlusses.

* * *

mehrheitlich beschlossen

Ja 33 Nein 2

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
Bürgermeister:	Strößner
31 Stadtratsmitglieder	

**748 Vollzug des § 40 Gerichtsverfassungsgesetz - GVG -;
Neuwahl der Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss beim
Amtsgericht Hof für die ab 01.01.2019 beginnende Amtsperiode**

Vortrag:

Neben der Aufstellung der Schöffenvorschlagsliste muss auch die Wahl der Vertrauenspersonen als Beisitzer im Wahlausschuss nach § 40 GVG durchgeführt werden. Dieser beim Amtsgericht Hof tätige Ausschuss hat u.a. die Aufgabe, die Schöffen auszuwählen und über Einsprüche gegen die Schöffenvorschlagsliste zu entscheiden. Der Ausschuss besteht aus einem Richter als Vorsitzenden sowie 7 Vertrauensleuten als Beisitzer.

Da der Amtsgerichtsbezirk Hof sowohl den Landkreis Hof als auch die Stadt Hof umfasst, sind nach dem Schreiben der Regierung von Oberfranken vom 24.01.2018 anteilig nach dem Bevölkerungsverhältnis für den Stadtbereich Hof **2** Vertrauenspersonen zu bestimmen. Diese sind vom Stadtrat aus den Einwohnern der Stadt Hof mit einer Mehrheit von **zwei Dritteln** der gesetzlichen Mitgliederzahl in geheimer Abstimmung auf die Dauer von **5** Jahren zu wählen.

Für die Schöffenwahlperiode 2014 - 2018 wird dieses Amt von den Stadtratsmitgliedern Heidemarie Schwärzel und Bettina Zschätzsch versehen.

Die im Stadtrat vertretenen Parteien und Wählergruppen wurden mit Schreiben vom 29.01.2018 gebeten, dem Fachbereich Zentrale Steuerung, Personal und Organisation geeignete Bewerber zur Vorbereitung der Wahl vorzuschlagen.

Die Stadtratsfraktionen der CSU und der SPD haben mittlerweile die Stadtratsmitglieder Bettina Zschätzsch und Heidemarie Schwärzel als Bewerber für die Neuwahl der Vertrauenspersonen im Wahlausschuss nach § 40 GVG beim Amtsgericht Hof benannt.

Der Vorsitzende führt sodann die Wahlhandlung durch.

Wahlhandlung:

Ich darf mit Ihrer Zustimmung Herrn Stadtrat Jürgen Knieling als das älteste Mitglied der CSU-Fraktion und Herrn Stadtrat Rainer Kellner als das älteste Mitglied der SPD-Fraktion zu mir bitten, um mit mir zusammen den Wahlausschuss zu bilden. Den beiden Stadtratsmitgliedern obliegt die Führung der Zähl- und Gegenlisten.

Ich weise besonders darauf hin, dass jedes stimmberechtigte Mitglied des Stadtrats **2 Stimmen** hat. Jeder Bewerber ist gesondert anzukreuzen. Es ist auch möglich, andere Bewerber vorzuschlagen. Die abgegebenen Stimmen müssen aber die Person der Gewählten in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise erkennen lassen. Stimmabgaben, aus denen die Person der Gewählten nicht zu erkennen sind, leere Stimmzettel und Stimmzettel, die mit unzulässigen Zusätzen oder Bemerkungen versehen sind sowie Stimmzettel, auf denen mehr als 2 Bewerber angekreuzt sind, sind ungültig.

Gewählt ist nach Nr. 16.1 der Schöffenbekanntmachung vom 07.11.2012, wer in geheimer Abstimmung mindestens zwei Drittel der Stimmen der gesetzlichen Mitgliederzahl des Stadtrats, das sind 27 Stimmen, mindestens jedoch die Stimmen der Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl, erhält.

Ich bitte, die bereitgestellten Wahlkabinen zu benutzen und die Stimmzettel in der Reihenfolge des Aufrufs zweimal gefaltet in die bereitstehende Wahlurne zu werfen.

Ich stelle fest, dass die Wahlurne leer ist. Die Wahlbeisitzer können sich ebenfalls davon überzeugen.

Ich rufe jetzt zur namentlichen Abstimmung auf und bitte, die vorbereiteten Stimmzettel zu verwenden.

Nachdem alle Stimmberechtigten ihre Stimmzettel abgegeben haben, erkläre ich die Stimmabgabe für geschlossen.

Es wurden 34 Stimmzettel abgegeben.

Ich stelle fest, dass die Zahl der Stimmzettel mit der Zahl der Stimmberechtigten, welche abgestimmt haben, übereinstimmt.

Ich gebe das Wahlergebnis wie folgt bekannt:

1. Frau Stadträtin Heidemarie Schwärzel	33 Stimmen
2. Frau Stadträtin Bettina Zschätzsch	32 Stimmen

Gewählt sind damit:

1. Frau Stadträtin Heidemarie Schwärzel	33 Stimmen
2. Frau Stadträtin Bettina Zschätzsch	32 Stimmen

Ich bitte die Gewählten zu erklären, ob sie die Wahl annehmen.

- Die Gewählten erklären die Annahme der Wahl. -

Ich schließe damit die Wahlhandlung.“

Die Zählliste und die Anwesenheitsliste bilden Bestandteile dieser Wahlhandlung.

* * *

einstimmig beschlossen

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner
Bürgermeister:	Siller
Vortragender:	Verwaltungsrat Hetz
28 Stadtratsmitglieder	

**749 Vollzug des Ladenschlussgesetzes - LadSchIG - ;
Verkaufsoffener Sonntag in der Innenstadt von Hof anlässlich des Marktes zum
Deutsch-Tschechischen Freundschaftstag am 22.04.2018**

Vortrag:

Mit Schreiben vom 29.01.2018 beantragte das Stadtmarketing Hof e. V. eine Marktfestsetzung anlässlich des am 22.04.2018 stattfindenden Deutsch-tschechischen Freundschaftstages im Kernstadtgebiet von Hof. Beim sog. Freundschaftsmarkt werden sich ca. 40 Aussteller aus den Bereichen Freizeit und Tourismus, Kultur, historischen Gewerken, Kunst- und Genusshandwerk sowie Gartenbau und Floristik aus Hochfranken und dem benachbarten Westböhmen präsentieren. Das Stadtmarketing prognostizierte unter Bezugnahme auf den Tag der Franken im Jahr 2016 und den Deutsch-tschechischen Freundschaftstag im Jahr 2017 eine Besucherzahl von voraussichtlich 10.000 – 15.000. Die gewerberechtliche Festsetzung des beantragten Marktes erfolgte mit Bescheid der Stadt Hof vom 01.02.2018.

Der Handelsverband Bayern - Der Einzelhandel e.V. – Kreis Hof beantragte beziehungsweise auf den Deutsch-Tschechischen Freundschaftstag mit Markt in der Kernstadt am 22.04.2018 und den dadurch zu erwartenden erheblichen Besucherstrom einen verkaufsoffenen Sonntag. Das für die Sonntagsöffnung beantragte Gebiet als innerer Bereich des Gesamtgebietes stellt nur einen kleinen Teil der Kernstadt von Hof dar (sh. beiliegender Lageplan).

Eine Besucherbefragung durch die Fachhochschule Hof, die vom Stadtmarketing Hof e.V. beim Deutsch-Tschechischen Freundschaftstag im Vorjahr beauftragt wurde, ergab, dass seinerzeit die weit überwiegende Mehrzahl der Besucher nicht aufgrund der Ladenöffnung, sondern wegen der Veranstaltung und des Marktes nach Hof gekommen war.

§ 14 Abs. 1 LadSchIG ermöglicht die Freigabe von maximal vier verkaufsoffenen Sonntagen pro Jahr aus Anlass von Märkten, Messen und ähnlichen Veranstaltungen. Im Jahr 2018 fand bisher noch kein verkaufsoffener Sonntag in Hof statt. Nach der aktuellen Rechtsprechung muss die Ladenöffnung zur Versorgung erheblicher Besucherströme erforderlich sein. Hierfür ist eine entsprechende Prognose der zu erwartenden Besucherzahl abzugeben. Weiterhin ist eine hinterlegte Aussage zu treffen, dass die überwiegende Mehrheit der Besucher nicht wegen der Ladenöffnung, sondern aufgrund der Veranstaltung in die Innenstadt kommen wird. Des Weiteren darf sich der Umgriff der Ladenöffnung nur auf das direkte Umfeld der Veranstaltung bzw. des Marktes erstrecken.

Gemäß den letztjährigen Beobachtungen und Hochrechnungen des Stadtmarketing Hof e. V. ist anlässlich des Marktes zum Deutsch-Tschechischen Freundschaftstag am 22.04.2018 mit einem erheblichen Besucherstrom von ca. 10.000 - 15.000 zu rechnen. Besucherbefragungen im Vorjahr beim damaligen Deutsch-Tschechischen Freundschaftstag belegten, dass die überwiegende Mehrheit der Besucher nicht wegen der Ladenöffnung, sondern wegen der Veranstaltung bzw. des Marktes gekommen waren. Die Ladenöffnung soll nur im direkten Umfeld des Marktes in Teilen des Kernstadtgebietes von Hof zugelassen werden.

Die Kirchen beider Konfessionen und die Gewerkschaft ver.di wurden mit Schreiben der Stadt Hof vom 09.02.2018 zur beantragten Ladenöffnung im Kernstadtgebiet von Hof am 22.04.2018 angehört. Die beiden Kirchen äußerten, dass sie die geplante Ladenöffnung ablehnen. Der Sonntag sei vom Grundgesetz geschützt als „Tag der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung“. Dieses Kulturgut sollte nicht leichtfertig aufgegeben werden für Konsum und ökonomische Interessen. Des Weiteren deuten die Kirchen das Ergebnis der letztjährigen Besucherbefragung gerade umgekehrt. Es zeige, dass die Besucher keinen verkaufsoffenen Sonntag brauchen, sondern auch ohne dieses Angebot wegen des Deutsch-Tschechischen Freundschaftstages nach Hof kommen. Von der Gewerkschaft ver.di ging keine konkrete

Äußerung ein.

Die Verwaltung sieht nach Würdigung der eingeholten Stellungnahmen die Ladenöffnung im Innenbereich des Kernstadtgebietes von Hof anlässlich des Marktes zum Deutsch-Tschechischen Freundschaftstag am 22.04.2018 als gerechtfertigt an. Die Befragungen beim Deutsch-Tschechischen Freundschaftstag im Vorjahr zeigten, dass die überwiegende Mehrheit der Besucher nicht aufgrund der Ladenöffnung, sondern aufgrund der Veranstaltung nach Hof gekommen war. Nachdem in der Tschechischen Republik bis auf wenige Feiertage die Geschäfte sonntags geöffnet haben, wird die Ladenöffnung von den tschechischen Besuchern erwartet. Den teilweise von weither angereisten Besuchern muss die Möglichkeit des Erwerbs alltäglicher Gegenstände des Gebrauchs zu deren ausreichender Versorgung eröffnet werden. Mit der räumlichen Eingrenzung der Ladenoffenhaltung auf die direkt von der Veranstaltung betroffenen Bereiche wurden außerdem die Interessen der Beschäftigten im Einzelhandel sowie der Kirchen weit möglichst berücksichtigt.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den Erlass der folgenden Rechtsverordnung der Stadt Hof über die Offenhaltung der Verkaufsstellen anlässlich von Märkten, Messen und ähnlichen Veranstaltungen anlässlich des Marktes zum Deutsch-Tschechischen Freundschaftstag am 22.04.2018 nach Maßgabe des anliegenden Entwurfes, Stand: 06.03.2018. Der Entwurf ist Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung, nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss, mehrheitlich mit 4 Gegenstimmen zu (Stadträte D ö h l a, Z s c h ä t z s c h, E t z e l und U l s h ö f e r).

Der Entwurf der Rechtsverordnung (Stand 06.03.2018) ist Bestandteil des Beschlusses.

* * *

mehrheitlich beschlossen
Ja 26 Nein 4

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner
Bürgermeister:	Siller
26 Stadtratsmitglieder	

750 Bürgerversammlung zum Thema Saalequerung

Anfrage:

Herr Stadtrat **U h l s h ö f e r** sei in letzter Zeit öfters von Anwohnern des Wartturmweges angerufen worden, die ihm ihre Verunsicherung im Hinblick auf die neue Saalequerung mitgeteilt hätten. Er müsse aber auch feststellen, dass, möglicherweise wegen Unkenntnis oder auch absichtlich, viele Ängste geschürt werden würden. Er hätte weiterhin den Eindruck, dass dies durch Fehlinformationen, die teilweise auch aus Reihen des Stadtrates kommen würden, entstanden sei. Die Bevölkerung hätte ein Informationsbedürfnis. Er sei von den Anwohnern gebeten worden, deren Bitte um nochmalige Aufnahme des Themas für eine Bürgerversammlung an die Verwaltung heranzutragen. Er möchte nun wissen, ob bereits Vorbereitungen für eine weitere Bürgerversammlung mit diesem Thema laufen und ob es einen Zeitplan gebe, wie und wann die Bürger näher informiert werden sollen. Ihm sei bewusst, dass man erst am Anfang dieser Maßnahme stünde.

Oberbürgermeister **D r. F i c h t n e r** erinnert an die Bürgerversammlung im Herbst 2017 in Jägersruh, die die Saalequerung zum Thema hatte. Im Bauausschuss sei der Auftrag für das Lärmschutzgutachten beschlossen worden. Er könne sich vorstellen, dass dann, wenn die Ergebnisse vorliegen würden, nochmal eine Bürgerversammlung zum Thema einberufen werden könne. Man stünde in einem offenen Bürgerdialog.

Im weiteren Verlauf der Sitzung meldet sich auch Herr Stadtrat **M e r i n g e r** zum Thema zu Wort und regt an, dass die Umleitung um den Wartturm möglichst weit herum zur B 15 geführt werden soll und im Idealfall dort weiter. Die Zielrichtung der Stadt müsste sein, dass man so weit wie möglich transparent erklären könne, weshalb die Stadt Hof den Mittleren Ring benötigen würde.

* * *

zur Kenntnis genommen

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner
Bürgermeister:	Siller
26 Stadtratsmitglieder	

751 Werbetafel an den Ortseingängen von Hof

Anfrage:

Frau Stadträtin **S c h o e r n e r** bezieht sich auf die Werbetafeln, die an den Ortsein- und -ausgängen von Hof auf Veranstaltungen hinweisen würden und die bisher auch sehr gut angekommen seien. Derzeit würden Hinweise auf die Wochenmärkte aushängen. Diese sind allerdings teilweise nur in einer Fahrtrichtung, nämlich Richtung Ortsausgang, zu sehen seien. Nach Hof einfahrend sei nur eine weiße Wand zu sehen, zumindest von Jägersruh kommend. Sie bittet um Überprüfung, ob nicht auch Richtung Ortseingang ein Werbebanner montiert werden könnte.

Oberbürgermeister **D r . F i c h t n e r** nimmt die Anfrage von Frau Schoerner mit zur Jahreshauptversammlung des Stadtmarketingvereins, die am folgenden Tag stattfinden soll.

* * *

zur Kenntnis genommen

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner
Bürgermeister:	Siller
26 Stadtratsmitglieder	

752 Parkstreifen für den Imbiss am Bahnhof Neuhof

Anregung:

Herr Stadtrat **M e r i n g e r** nimmt Bezug auf die Parksituation für die Kundschaft des Imbisses „Zum Heiner“ am Bahnhof Neuhof. Dort sollte gegenüber ein 50 m-Streifen für die Kunden reserviert werden, da, wie ihm der Imbissbetreiber versicherte, die Kundschaft ausbleiben würde, wenn sie keine Parkmöglichkeiten direkt beim Imbiss vorfinden würde. Die Parkplatzsuche würde bei der knapp bemessenen Pausenzeit zu viel Zeit in Anspruch nehmen und die Kundschaft würde sich anderweitig orientieren.

Oberbürgermeister **D r. F i c h t n e r** werde die Angelegenheit an den zuständigen Fachbereich weiterleiten.

* * *

zur Kenntnis genommen

g.w.v.

Dr. Harald Fichtner
Oberbürgermeister

Ute Schörner-Kunisch
Schriftführer/in